

Substanzielles Protokoll 123. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 11. Dezember 2020, 20.00 Uhr bis 23.05 Uhr, in der Halle 7
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Derek Richter (SVP)

Substanzielles Protokoll: Paulina Kerber

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Përparim Avdili (FDP), Tobias Baggenstos (SVP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|---------------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 14. | <u>2020/396</u> | Weisung vom 16.09.2020:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und
Produktgruppen-Globalbudgets) | FV |
| 19. | <u>2020/397</u> | Weisung vom 16.09.2020:
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie
Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2021 | FV |
| 20. | <u>2020/353</u> | Weisung vom 26.08.2020:
Kultur, Förderung Tanz und Theater, Produktionsplattform,
Beiträge 2021–2024 | STP |
| 21. | <u>2020/371</u> | Weisung vom 02.09.2020:
Kultur, Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft SIK-ISEA,
Beiträge 2021–2024 | STP |
| 22. | <u>2020/372</u> | Weisung vom 02.09.2020:
Kultur, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst
(Museum Haus Konstruktiv), Beiträge 2021–2024 | STP |
| 23. | <u>2019/213</u> | A/P Dringliche Motion der SP- und AL-Fraktion und der Parlaments-
gruppe EVP vom 22.05.2019:
Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erwerb der
Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58 | FV |
| 24. | <u>2018/483</u> | E/A Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Sven
Sobernheim (GLP) vom 05.12.2018:
Verbesserung der Fahrplanstabilität der Trolleybus-Linie 31
durch intelligente Konzepte der Verkehrssteuerung | VSI |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

3330. 2020/396

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 122, Beschluss-Nr. 3330/2020).

Beschlüsse:

Antrag 079.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Innerhalb von rund zehn Jahren stiegen die Kosten dieses Kontos um 26 Prozent, ohne dass wir genau wissen, welche Projekte in dieser Zeit umgesetzt wurden und wie viel Personal eingestellt wurde. Jedem, der eine liberale, aber kritische Grundlage gegenüber dem zügellos wachsenden Staat vertritt, ist klar, dass ein Wachstum von rund 26 Prozent innerhalb von knapp zwölf Jahren einfach zu viel ist. Bei einem solchen Wachstum verdoppelt sich der Staat innerhalb von rund 30 Jahren. Niemand, der für mehr Freiheit und weniger Staat in den Wahlkampf zieht, kann dieses Staatswachstum befürworten. Ich empfehle der FDP – unseren natürlichen Verbündeten –, der Minderheit zu folgen.

Raphaël Tschanz (FDP): Samuel Balsiger (SVP) sprach nicht über die eigentliche Frage. Es geht hier nämlich um die Löhne der Sozialen Betriebe und Einrichtungen. Samuel Balsiger (SVP) will das Konto um 20 Prozent kürzen und von heute auf morgen 12 Millionen Franken abziehen – ohne in der Rechnungsprüfungskommission (RPK) abzuklären, wie das funktionieren soll. Sie stellen einen Antrag, ohne sich genauer über die Konsequenzen zu informieren. Ein solches Vorgehen ist schlicht nicht seriös.

S. 402 55
5560
3010 00 000

SOZIALDEPARTEMENT
Soziale Einrichtungen und Betriebe
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
079.	Antrag Stadtrat			60 150 800 500 000 N	Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)

12 000 000

48 650 800 Minderheit

Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)

Begründung: Zwischen Rechnung 2008 und Budget 2021 hat sich der Aufwand um rund 26 % erhöht. Diese massive Erhöhung ist weder nachvollziehbar noch gesund. Kürzung um rund 20 %

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

3330. 2020/396

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Schlussdebatte:

Dr. Davy Graf (SP): Im Moment haben wir das Virus nicht im Griff. Auch wenn wir im September noch zuversichtlich waren, zeigte der Oktober, dass die minimalen Massnahmen zur Eindämmung des Virus während der kalten Jahreszeit nicht genügen. Die Verschärfungen, die Ende Oktober, Anfang November eingeführt wurden, hatten ihre Wirkung bereits verloren und die Unsicherheit in der Welt, der Schweiz und Zürich ist sehr gross. Im Moment schwanken wir zwischen der Hoffnung auf eine schnelle Zulassung eines Impfstoffs und gleichzeitig sind wir besorgt, dass aufgrund der wachsenden Skepsis der Impfstoff infolge ungenügender Verbreitung nicht wirksam genug sein könnte. Unser Ziel war immer, den Stillstand zu vermeiden, das gesellschaftliche Leben nicht abzuwürgen und persönliche Freiheiten möglichst beizubehalten. Wir merken im Moment aber, dass der Preis dafür eine rekordhohe Übersterblichkeit in der Schweiz ist. In dieser noch nie dagewesenen Situation haben wir die Aufgabe, das Budget zu beraten. Man kann einzelne Zahlen hin und her schieben und sich über Einnahmen und Ausgaben Gedanken machen. Tatsächlich braucht es aber Handlungsfähigkeit, damit der Stadtrat mit dem Budget der Pandemie entgegenwirken kann. Im Sommer schrieb eine grosse Tageszeitung, dass der Weg, den wir beschreiten, ein Weg hin zum Seuchensozialismus sei. Wir als SP verstehen darunter aber Unterstützungsmassnahmen, Möglichkeiten und Chancen und sehen letztendlich auch die Notwendigkeit von Massnahmen, um da weitermachen zu können, wo uns das Virus im Februar überraschte. Eine Rückweisung bedeutet eine Vollbremsung und damit das Risiko eines Notbudgets mit minimalen Investitionen. Wer dies fordert, will in einer der grössten Krisen das eigene Parteiprogramm durchziehen und möglicherweise den Staat redimensionieren. Zum Glück hatte der Seuchenfreisinn letzten Mittwoch keine Chance im Rat. Für die SP ist klar, dass das Gewerbe und insbesondere die Gastronomie direkte Hilfe brauchen. Deshalb stellten wir einen Antrag auf Reduktion der Gebühren und auf die Einstellung von Mietzinsreduktionen für das Gewerbe. Wir möchten, dass unbürokratisch zusätzliche Soforthilfe geleistet wird, damit auch Selbstständigerwerbende und Kleinunternehmerinnen und -unternehmer über die Runden kommen. Für die SP ist klar, dass die Anerkennung und Wertschätzung für das Pflege- und Betreuungspersonal auch wirklich einen Wert haben muss. Wir sprachen bereits häufig über das Klatschen – das Stück ist aber noch nicht zu Ende. Die Menschen an der medizinischen Front dürfen noch nicht aufgeben und brauchen weiterhin Kraft und Durchhaltevermögen. Die Diskussion über Wintersportgebiete lässt vermuten, dass die heimliche Strategie die Intensivstationen ans Limit bringen will, um uns diese Bilder als Messband vor die Augen zu halten. Das wäre eine fatale Strategie. Wir konnten mehrere Stellen beim Spitalpersonal schaffen, damit

dieses entlastet wird, sind jedoch enttäuscht, dass unser Antrag für die Einmalzulagen von 2000 Franken nicht durchkam. Wir beschlossen einen kleinen Topf mit 5 Millionen Franken, der von allen geteilt werden muss. Auch Personen, die ausserhalb des Gesundheitsbereichs Grosses geleistet haben, werden so weniger erhalten. Für die SP ist klar, dass wir das, was die Stadt stark und erfolgreich machte, über die Krise hinwegretten und stützen müssen. Die Leistung der Stadt spielt eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Im Gegensatz zu anderen müssen wir die Welt nicht neu erfinden; für die SP ist klar, dass auch in den nächsten Jahren bezahlbarer Wohnraum, die Förderung des Velos und des Öffentlichen Verkehrs (ÖV), viel öffentlich zugänglicher Raum, eine begrünte Stadt, in der sich die Arbeitnehmerinnen wohl fühlen und die auch für Firmen attraktiv ist und eine Stadt, in der auch das Gewerbe bezahlbare Mieten findet, das Ziel ist. Dieses Ziel verfolgen wir weiter und möchten die Erfolge von Zürich auch über den kalten und möglicherweise langen Winter pflegen. Die SP wird dem Budget zustimmen.

Severin Pflüger (FDP): Das Budget, das am 16. September 2020 dem Stadtrat überwiesen wurde, ist nicht das Budget der FDP Zürich. Es war auch nicht das Budget der FDP Zürich, als die Novemberbriefe kamen. Wir erwarteten damals insgeheim, dass der Stadtrat eine Korrektur an seiner Einschätzung vornimmt. Dem war aber nicht so. Der Stadtrat erhöhte das Defizit von 97 Millionen Franken auf 156 Millionen Franken, ohne dabei auf die Situation in der Schweiz oder in der Welt reagieren zu wollen. Es war auch nicht das Budget der FDP Zürich, als die Budgetdebatte begann und unser Rückweisungsantrag abgelehnt wurde. Erst recht nicht unser Budget ist es, nachdem es von Ihnen durchberaten wurde und Sie Ihre Anträge stellten. Sie belasten das Budget mit weiteren zusätzlichen 35 Millionen Franken. Zugegebenermassen stimmten wir 13 Millionen Franken zu, die wir für das Überstehen der Pandemie als wichtig erachten. Das vom Stadtrat vorgelegte Budget führt aber nicht dazu, dass man nach der Pandemie – wenn die Menschen wieder gesund sind und die Spitäler wieder mit regulären Patienten und nicht mit Corona-Patienten gefüllt sind – da weitermachen kann, wo wir im letzten März aufgehört haben. Das Budget geht das grosse Risiko ein, dass sich die Seuche innerhalb der Zahlen der Stadt fortsetzen wird, und zwar zulasten von uns allen. Wir werden in Zukunft unsere Wünsche und Träume nicht mit den städtischen Finanzen realisieren können. Das Budget, so wie es der Stadtrat vorlegt, ist eine ganz grosse Wette darauf, dass alles so bleibt wie es ist und der Finanzplatz der Stadt weiterhin so viel Geld anzieht, wie er es in den vergangenen Jahren tat. Sie gehen davon aus, dass die Stadt weiterhin so wächst, wie sie in den vergangenen Jahren wuchs, und dass sich, abgesehen davon, dass die Menschen Maske tragen und im Home-Office arbeiten, eigentlich nichts verändern wird. Bei diesem Budget setzt man sich an den Pokertisch und macht ein «All-in». Der Gemeinderat sitzt am gleichen Tisch wie der Stadtrat und wettet auf die Karten, die der Stadtrat in der Hand hält, mit dem gleichen «All-in», ohne genau zu wissen, was die anderen Spieler für Karten in der Hand halten. Mit dem eigenen Geld kann man so umgehen – aber wir pokern hier mit der Zukunft der Stadt Zürich. Das Budget müsste darauf Rücksicht nehmen, dass allenfalls Steuereinnahmen nicht mehr gleich sprudeln werden wie bisher, und dass nicht alle Aufgaben einfach so wachsen können, wie sie in der Vergangenheit wuchsen. Man hätte genau analysieren müssen, wo es Geld für die Wirtschaft und für Soziales braucht, damit nicht der Gemeinderat Korrekturen anbringen muss. Der Gemeinderat packte zusätzliche 35 Millionen Franken dazu, bei denen es Stellen hat, die mit der Überwindung einer Pandemie und der Hilfe an die Wirtschaft überhaupt nichts zu tun haben. Zum Glück fanden nicht alle Irrläufer der SP eine Mehrheit und die AL konnte an einigen Stellen bremsen. Wir verpassten die Chance, dem Stadtrat das Budget zurückzuweisen. Die Rückweisung wäre keine Vollbremse gewesen, sondern hätte ein kurzes Durchatmen für den Gemeinderat und ganz viel Arbeit für den Stadtrat bedeutet, die er vor dem 16. September nicht erledigt hat. Auch wenn der Stadtrat seine Aufgaben eigentlich bis zum Novemberbrief erledigen

sollte, hätte er im Grunde sogar bis letzten Mittwoch – dem Beginn der Budgetdebatte – Zeit gehabt. Der Stadtrat entschied sich aber für das Pokerspiel. Ich hoffe sehr, er gewinnt dieses Spiel. Ich hoffe es für meine Vaterstadt, für meine Kinder und für uns alle und drücke dem Stadtrat die Daumen, dass er recht behält.

Roger Bartholdi (SVP): Ich finde diese Elefantenrunde überflüssig und eine Zeitverschwendung. Nichtsdestotrotz halte ich mich an die Spielregeln. Es wurden während der Debatte viele Vorstösse eingereicht. Die SVP findet es aber nicht richtig, dass man in der Budgetdebatte Vorstösse einreicht, die nichts mit dem Budget zu tun haben. Das Behandeln dieser zusätzlichen Vorstösse scheint aber offensichtlich zu den Spielregeln zu gehören. Ebenfalls wie jedes Jahr wurde die Empfehlung der RPK betreffend Redezeit nach den ersten paar Voten bereits nicht mehr eingehalten. Verlierer dieser Budget-Debatte ist aus unserer Sicht das Gewerbe. Die gesprochenen 5,2 Millionen Franken sind einen Tropfen auf den heissen Stein und wir bedauern, dass der Betrag reduziert wurde. Es wäre sehr aufwendig gewesen, mit Nachtragskrediten die Dringlichkeit zu erhöhen. Die Gastronomie wird stark unter der Entscheidung des Bundesrats leiden. Die Weihnachts- und Neujahrszeit ist sehr wichtig und es geht um das Überleben der Betriebe. Ich finde es deshalb schade, dass dies im Rat fast ignoriert wurde und man erst im Nachhinein Lösungen suchen will. In der Praxis wird das nicht funktionieren. Gleichzeitig werden Stellen geschaffen, um 30 Landwirtschaftsbetriebe ökologischer und ökonomischer zu gestalten. Die neu angestellten Personen werden bereits nach wenigen Monaten die Betriebe besucht haben und den Rest des Jahres Däumchen drehen. Letzte Woche musste sich die SVP einiges an «Hatespeech» anhören. Ich finde es ausserdem nicht richtig, dass die Ratspräsidentin bei einem Abstimmungsergebnis vom «Versenken eines Postulats» spricht und das Ergebnis damit politisch wertet. Uns wurde vorgeworfen, wir hätten Sparanträge gestellt. Auch wenn das in einzelnen Punkten der Fall ist, geben wir gesamthaft mit unseren Anträgen nicht weniger Geld aus als im Vorjahr. Verschiebungen in Budgetpunkten sind legitim. Niemand kennt die Zukunft und wir wissen nicht, wie sich die Impfungen auswirken werden und ob es einen weiteren Lockdown geben wird. Wir wissen nicht, was das für die Wirtschaft bedeutet und fordern deshalb mehr Flexibilität für die Wirtschaft. Auch wenn es gute Massnahmen vom Bund gibt, fallen einige Betriebe zwischen Stuhl und Bank. Für diese Betriebe müssen auf lokaler Ebene Mittel bereitgestellt werden. Sie haben aber heute höhere Ausgaben und mehr Stellen beschlossen. Das ist der falsche Weg und deshalb lehnen wir das Budget ab.

Felix Moser (Grüne): Die Fahne der RPK mit ihren Anträgen war dieses Jahr deutlich kürzer als in den Vorjahren. Es scheint mir, als hätten die meisten Parteien auf unwesentliche Anträge verzichtet und sich auf wesentliche Fragen konzentriert. Es wäre schön, wenn das in den kommenden Jahren so bleibt. Es lohnt sich nicht, über einzelne Druckkosten oder Reisespesen zu debattieren, eine Debatte über den Umfang und die Wirksamkeit von Corona-Massnahmen ist mit Sicherheit viel wichtiger. Von den vielen wichtigen Themen, die wir in den letzten Tagen diskutierten, fand ich die Diskussion um die beste Gewerbspartei der Stadt ziemlich bizarr. Die SVP bot am meisten Millionen Franken, die FDP wollte dem Gewerbe mit einer Rückweisung helfen und die SP stellte sehr viele Anträge, die aber eigentlich in der Kompetenz des Stadtrats liegen und die der Stadtrat dementsprechend so oder so ausführen kann. Alle vier in den Anträgen gemachten Forderungen wurden bereits in der ersten Welle umgesetzt. Ich zweifle nicht daran, dass der Stadtrat die Forderungen auch in einer zweiten oder dritten Welle umsetzt. Die Gewerbeanträge zeigten, dass wir uns mitten im Wahlkampf befinden. Ich hoffe trotzdem, dass die Massnahmen, die auch bei uns Grünen im Grundsatz unbestritten waren, helfen, damit das Gewerbe und die Bevölkerung die Corona-Krise besser überstehen. Der Versuch der FDP, sich mit einem Rückweisungsantrag zu profilieren,

scheiterte grandios. Nur schon die Tatsache, dass die Rückweisung mehrmals widersprüchlich begründet wurde, spricht für sich. Nach der missglückten Rückweisung enthielt sich die FDP fast immer und trug nichts mehr zur Diskussion bei. Das zeigt, dass Ihr Interesse an konkreten Lösungen in diesem Budget gegen null tendiert. Interessanterweise stimmten Sie beim Bahnhof Wipkingen wieder mit. Ich empfehle der FDP, sich das Thema unserer Fraktionserklärung zu Herzen zu nehmen: «Auch in Krisenzeiten einen kühlen Kopf bewahren». Die Tatsache, dass sich die FDP aus der Diskussion verabschiedete, half uns, die Zusammenarbeit von den «verständigen» Parteien zu verstärken. Wir versuchten uns im Vorfeld in Gesprächen auf eine gemeinsame Linie zu verständigen, die für alle beteiligten Parteien stimmt. Das hat sich in der Rückschau bewährt. Ich kann mir gut vorstellen, dass nach den nächsten Wahlen die «verständigen» Parteien noch häufiger miteinander sprechen und Lösungen suchen werden. Es ist durchaus möglich, dass die bürgerlichen Parteien etwas weniger Sitze im Rat haben werden, wenn sie so weitermachen. Weder die Menschen in der Stadt oder die Medien, noch die meisten Ratsmitglieder konnten Ihr Verhalten in der Budgetdebatte verstehen. Auf der anderen Seite versuchte die SP während der ganzen Debatte, sich als neue Gewerbspartei zu positionieren. Ob es allerdings reicht, Unterstützungen bis zu 50 Millionen Franken zu fordern, um zur neuen Gewerbspartei zu werden, wird sich zeigen. Nur wenige Tage nachdem die SP Schweiz eine Medienmitteilung verbreitete, es brauche eine Prämie von 2000 Franken für das Pflegepersonal und 5 Prozent mehr Pflegestellen, wurde der Antrag im Budget platziert und die Anträge im Rat teilweise emotional verteidigt. Sie können Ihren Wählern nun immerhin sagen, dass Sie sich am richtigen Ort eingesetzt haben, so wie es die Partei in Bern verlangte. Mit AL und GLP führten wir, je näher die Budgetdebatte kam, intensiver Gespräche und einigten uns bei verschiedenen Anträgen. Diese Zusammenarbeit war von Respekt geprägt, auch wenn wir nicht immer die gleiche Meinung vertraten. Uns schön empfand ich hingegen die theatralischen und zum Teil unflätigen Wortmeldungen. Zudem wunderte ich mich einige Male über die nicht vorhandene Fachkompetenz. Mir scheint, dass nicht nur beim Pflegepersonal ein Fachkräftemangel herrscht, sondern auch in gewissen Gemeinderatsfraktionen. Wir Grünen stellten selbst wenige Anträge und beschränkten uns auf Umweltschutz und Klimaschutz, Chancengleichheit in den Schulen und Prämien für das Gesundheitspersonal. Dass die Stadt den von der Pandemie Betroffenen helfen soll, ist für uns selbstverständlich. In einem Jahr werden wir wieder ein spezielles Budget beraten – dann hoffentlich nicht wegen Corona, sondern weil kurz darauf die Gemeinde- und Stadtratswahlen stattfinden werden. Ich wünsche mir, dass auch dann, trotz Wahlkampf, die «verständigen» Parteien untereinander konstruktiv diskutieren können, weil so ein Budget entsteht, das nicht von einer Partei alleine, sondern von «verständigen» Parteien unterstützt wird. Davon profitiert Zürich am meisten.

Shaibal Roy (GLP): Die GLP stellte in diesem Budget praktisch keine eigenen Anträge, da es sich 2021 um ein weiteres ungewöhnliches Jahr mit vielen Unbekannten handeln wird und von einer grossen Ungenauigkeit ausgegangen werden muss. Das Budget ist auch nicht der Fokus der GLP. Für uns ist die Zukunft wichtiger. Punktuell unterstützen wir Anträge, die dem Stadtrat spezifischen Handlungsspielraum geben, um in dieser Krise 2021 mit ausserordentlichen Einmalzahlungen für besondere Leistungen während der Pandemie handeln zu können. Mit den 5 Millionen Franken für subsidiäre Massnahmen zur Unterstützung des Gewerbes sprachen wir einen vernünftigen Kompromissbetrag. Auch wenn viel Symbolpolitik mit wechselnden Mehrheiten betrieben und marketingtechnische Anträge gestellt wurden, konnten schlussendlich Mieterlasse, Gebühren- und Nothilfe gesprochen werden. Die Wirkung des Budgets ist aber fraglich. Die Kompetenz liegt nach wie vor beim Stadtrat und wir sind der Überzeugung, dass der Stadtrat sinnvolle Massnahmen beschliessen wird, wenn die Massnahmen subsidiär von Nöten sind. Dann wird sich die entsprechende Auswirkung auf das Budget auch materialisieren. Es ist fraglich, ob temporäres Pflegepersonal im Umfang von 5,4 Millionen

Franken die richtige Lösung ist. Wir hoffen auf eine zurückhaltende Umsetzung durch den Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsdepartements und auf eine strukturierte Anpassung. Wir bedauern, dass sich die FDP hier explizit aus ihrem Schlaf wecken liess und den Antrag unterstützte, obwohl sie proklamierte, das Budget sei überhaupt nicht mehr zu retten. Obwohl die FDP den Rückweisungsantrag stellte, unterstützte sie auf einmal einen Antrag für 8000 Franken für den Unterhalt einer Toilette. Da mehrheitlich Kompromiss-Anträge durchkamen und glücklicherweise nicht alle Anträge der SP, die mit beiden Händen das knapp gewordene Geld ausgeben will, entschied sich die GLP in der Schlussabstimmung aus der Enthaltung in eine Zustimmung zum Übergangsbudget 2021 zu wechseln. Die GLP reichte dem Stadtrat die Forderung einer Leistungsüberprüfung unter anderem auch in Form von Postulaten ein. Die Entschuldigung des Stadtrats, man sei mit der Krisenbewältigung beschäftigt, ist zu kurzfristig gedacht und gefährlich für unsere Zukunft. Die unmittelbare Krisenbewältigung ist wichtig. Die tatsächliche Bewältigung von sämtlichen Folgen der Krise muss aber jetzt beginnen und mit Weitblick unweigerlich an die Hand genommen werden. Wir müssen uns rüsten, weil Krisenresistenz nicht auf Zusehen hin geschieht, sondern auf aktivem Agieren basiert. Man kann sich nicht einfach auf sein Eigenkapitalpolster und die vermeintlich sprudelnden Steuererträge verlassen. Sollte es besser kommen, als wir erwarten, sind wir umso glücklicher. Dann wäre es aber vielleicht an der Zeit, nicht nur eine Unternehmenssteuerreform durchzuführen, sondern auch die Steuern für die natürlichen Personen zu senken. Das wäre eine Massnahme, die allen Bürgern der Stadt zu Gute kommen würde.

Walter Angst (AL): Ich erlebte die Zusammenarbeit der «Verständigen» etwas anders; ich erlebte in dieser Budgetdebatte nämlich drei Grossparteien mit unterschiedlichen Schwierigkeiten. Trotzdem glaube ich, dass wir die schwierige Ausgangslage mit einer gewissen Contenance als Gesamtrat bewältigten und dem Stadtrat einigermassen gute Aufträge gaben. Es gibt eine klare Mehrheit für das Budget. Auch wenn mittelfristig andere Fragen im Zentrum stehen werden, habe ich nicht den Eindruck, dass wir die Krisensituation mit Steuersenkungen bewältigen können. Es braucht perspektivische Lösungen, wie wir den Staat, Kanton und Bund finanzieren, um die Ausgaben für das enorme Wachstum bewältigen zu können. Es freut mich, dass wir uns zumindest einig waren, dass wir in Bezug auf die steuerliche Bewertung der Immobilien den rechtsstaatlichen Weg einschlagen und vielleicht da einige Dutzend Millionen Franken zusätzlich erhalten können.

Ernst Danner (EVP): Das Budget ist aus unserer Sicht angemessen. Es wurden etwa 39 Millionen Franken Verschlechterung budgetiert, wovon die EVP etwa 35 Millionen Franken unterstützt. Davon sind etwa 27 Millionen Franken für verschiedene Corona-Massnahmen budgetiert. Die Unsicherheit ist nach wie vor gross und die FDP sprach von einer Wette auf die Zukunft. Es bleibt uns im Moment aber nichts anderes übrig. Ich hoffe, dass wir in einem Jahr emotional gleich entspannt sind wie dieses Jahr, auch wenn ich mir dessen nicht ganz sicher bin. Wir müssen uns auf alles gefasst machen. Wir sind sehr froh, dass wir dem Stadtrat ein kleines Polster für verschiedene Massnahmen wie die Nothilfe für das Gewerbe, Mieterlasse und die Anerkennung für die Mitarbeiter und das Pflegepersonal, das viel leistet, geben konnten. Wir sind sehr zufrieden. Auch sind wir dankbar, dass wir bei der Bildung ein Zeichen setzen konnten. Bei der Bildung stehen die Fehlentwicklungen als Elefant im Raum, aber die Mehrheit will sie nicht wahrhaben. Deshalb bewilligten wir als Notapotheke Geld, um die ganze Geschichte grundsätzlich neu zu überlegen. Weiter setzten wir einige symbolische Zeichen im Tiefbauamt, wo das Problem langsam aber sicher akuter wird. Beim Rosengarten muss etwas gemacht werden. Wir lehnten den Tunnel ab und versprachen, den dort wohnhaften Menschen zu helfen. Auch beim Bahnhof Oerlikon Ost muss dringend etwas geschehen. Auch wenn STR Richard Wolff keine grosse Schuld trifft, messe ich seine Kompetenz als «Tiefbauvorsteher» an der Fähigkeit, endlich eine gute Lösung für den Bahnhof Oerlikon Ost zu finden. Insgesamt kann die EVP dem Budget gut zustimmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Trotz der relativ kurzen Budgetdebatte nahm ich die Debatte als substanziell wahr. Zu vielen Themen gab es substanzielle Diskussionen und man merkte, was Ihnen wichtig ist und was nicht. Der Stadtrat wird Ihre Grosszügigkeit wo nötig umsetzen. Wir sind aber auch nicht unglücklich, dass nicht alle Anträge von den drei Parteien durchgewinkt wurden. Es macht mich ein wenig ratlos, wenn sich in der Detailberatung mehrere RPK-Mitglieder fragen, von wann die Daten sind, die sie beraten. Wir überweisen Ihnen das Budget Mitte September und die Daten sind dementsprechend von Mitte August. Wir könnten das Budget auch im November überweisen, damit Sie aktuellere Zahlen haben – es gäbe dann aber nur noch eine Lesung. Auch wurde die Art und Weise, wie Steuereinnahmen berechnet werden, angezweifelt. Ich zeige der RPK gerne, welche Komponente des vielfältigen Steuerbudgets wie funktioniert. Ein wesentlicher Teil der Steuereinnahmen für das Jahr 2021 basiert auf der Abrechnung aus dem Jahr 2019, als wir noch kein Corona hatten. Auch wenn Corona dieses Jahr voll einschlug, werden wir das in den Finanzen erst in späteren Jahren wesentlich merken. Zudem wehre ich mich gegen ein formelles Programm für die Leistungsüberprüfung. Wir arbeiten laufend an der Leistungsüberprüfung und sie ist eine dauerhafte Aufgabe des Stadtrats. Ich zitiere die FDP: «Die FDP-Fraktion hat kein Interesse daran, das Budget abzulehnen. Es wäre unverantwortlich, Behörden und Verwaltung in dieser Situation mit einem Notbudget ins neue Jahr zu schicken». Dieser Satz fiel diese Woche hier im Rat bei einem anderen, viel grösseren Budget. Insofern erstaunten mich die Chuzpe, wie mehrere Redner die Folgen des Notbudgets kleinredeten. Zahlreiche Anträge werden nicht im ersten Quartal ausgelöst werden können. Diese fehlen dem Gewerbe. Das Budget ist kein Pokerspiel und es gibt nicht alles oder nichts. Vielmehr muss man sich frühzeitig auf eine Strategie festlegen, die man auch wieder anpassen kann. Ausserdem führt nicht nur eine Strategie zum Ziel. Der Stadtrat handelte früh und gerade heute bekam der Stadtrat von einem stadtbekannten Gastronomen ein begeistertes E-Mail, wie positiv er die Hilfe der Stadt wahrnehme. Die Hilfe wird also wahrgenommen. Mit dem Budget geben Sie uns zwei Mittel. So bleiben wir handlungsfähig für die Vielfalt, die die Stadt in all ihren Dimensionen und in all ihren Aufgaben verkörpert. Aber Sie geben uns auch mehr Mittel für die speziellen Corona-Aufgaben. In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass wir auch das Postulat von Walter Angst (AL) und Albert Leiser (FDP) entgegennehmen werden. Wir werden sehen, welche Vorlagen wir Ihnen bringen und wie wir die Mittel entsprechend einsetzen. Ich bin froh, dass dem Stadtrat Vertrauen entgegengebracht wird. Wir werden versuchen, das Bestmögliche herauszuholen und möglichst kontinuierlich eine hohe Qualität sicherzustellen und da, wo Not am Mann oder an der Frau ist, entsprechend zu handeln. Wir werden selbstverständlich die ganze Finanz- und Wirtschaftsentwicklung auch im sozialpolitischen Bereich kritisch beobachten und entsprechende Steuerungen, wenn nötig, im Budget 2022 und im FAP 2021–2025 vornehmen. Sie haben insgesamt den Voranschlag des Stadtrats um 30,1 Millionen Franken verschlechtert, sodass im Budget ein Defizit von 185,4 Millionen Franken resultiert. Ich bedanke mich bei Ihnen und auch bei der Finanzverwaltung für die gute Zusammenarbeit.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Susanne Brunner (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 2:

Felix Moser (Grüne): *Mit dem Dispositivpunkt 2 ermächtigen wir den Stadtrat, Kredite für das Städtische Lohnsystem, das bis anhin pauschal eingestellt war, auf die einzelnen Dienstabteilungen zu übertragen. Die RPK empfiehlt Ihnen die Zustimmung.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Enthaltung: Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 90 gegen 7 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 3:

Felix Moser (Grüne): *Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass die Politik berechenbar bleibt. Eine Erhöhung des Steuereffusses hält im Moment niemand für angezeigt. Es macht für die Mehrheit der RPK in Anbetracht der Herausforderungen und dem städtischen Haushalt keinen Sinn, in der aktuellen Situation Mittel zu entziehen. Berechenbarkeit und Planbarkeit in finanzieller Hinsicht sind wichtige Werte für Menschen und Unternehmen. Die Mehrheit der RPK befürwortet weiterhin einen stabilen Steuerfuss von 119 Prozent und bittet Sie, mit der Mehrheit zu stimmen.*

Susanne Brunner (SVP): *Ein Sprecher in der Schlussrunde machte mehrfach Kategorisierungen und sprach von «verständigen» Parteien in Abgrenzung zu den anderen Parteien. Das ist in meinen Augen nicht angebracht. Wir sind alle gewählte Volksvertreter und gewählte Parteien. Mit unseren unterschiedlichen Parteien vertreten wir unterschiedliche Weltanschauungen und stehen mit unseren Argumenten im Wettstreit. Der Wettstreit ist das Wesen der Demokratie. Deshalb überraschte mich die Kategorisierung des Sprechers. Der Mehrheitssprecher sprach betreffend den Steuerfuss von Planbarkeit und berechenbarer Politik. Eine Steuersenkung stellt kein Problem für die betroffenen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen dar, sondern ist aktuell notwendig. In der Budgetdebatte wollte sich die SP als Gewerbeartei inszenieren und entsprechend wurde siebzehn Mal von SP-Sprechern gesagt, man müsse das Gewerbe unterstützen. Nun kommt die Stunde der Wahrheit. Mit einer Steuersenkung können Sie beweisen, ob Sie wirklich Politik für das Gewerbe machen möchten. Eine Steuersenkung ist das beste Mittel gegen Krisen, weil die Privaten Handlungsspielraum brauchen. Die Steuern müssen dafür am Anfang der Krise gesenkt werden und nicht erst 2022 – wenn das Budget vielleicht sogar ein Defizit von 270 Millionen Franken aufweist. Die privaten Akteure*

müssen jetzt entlastet werden. Deshalb beantragt Ihnen die SVP die Senkung des Steuerfusses um 2 Prozent. Davon profitieren die Haushalte, die Betriebe, alle Unternehmen, alle Gewerbetreibenden, alle Selbstständigen und alle Kleinunternehmer. Die Steuersenkung ist das beste und nachhaltigste Mittel für uns alle, um aus der Krise herauszukommen. Das aktuelle Defizit ist kein Grund, die Steuern nicht zu senken, da wir 1,5 Milliarden Franken freies Eigenkapital haben. Setzen wir also auf dieses Eigenkapital und senken wir die Steuern. So überstehen wir die Krise gemeinsam.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Die FDP steht für die grösste und nachhaltigste Steuersenkung überhaupt. Diese Steuersenkung wird auf nächstes Jahr wirksam und hebt die vielen Steuerungerechtigkeiten in der Schweiz bei Unternehmen auf, schafft ungerechtfertigte Steuerprivilegien beiseite, macht uns im internationalen Bereich wettbewerbsfähig und bringt uns gleichzeitig auch auf die Linie der internationalen Anforderungen an ein Steuersystem. Durch diese Steuersenkung für nächstes Jahr wird das Gewerbe und die Wirtschaft um 200 Millionen Franken entlastet. 200 Millionen Franken mehr Gewinn werden in den Firmen bleiben und uns helfen, die Krise besser zu überstehen. Die 200 Millionen Franken werden dafür eingesetzt, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, die an anderen Orten verloren gehen. Die Steuervorlage 17 entfaltet ihre Wirkung also genau im richtigen Moment. Sie ist unser freisinniger Beitrag. Wir wussten damals noch nicht, dass die Krise kommen wird. Jetzt können wir froh sein, dass wir bereits Vorarbeit geleistet haben. Man kann sich vorstellen, wie die Situation wäre, wenn es keine Corona-Krise gäbe und die Steuervorlage 17 direkt als «Turbo-Boost» gewirkt hätte. Wir sind heute aber froh, haben wir den «Boost». Eine weitere Steuersenkung im Prozentbereich sehen wir im Moment als nicht opportun. Wir hätten es richtig gefunden, wenn die Stadt in den letzten Jahren bei guten Steuereinnahmen die Steuern massvoll gesenkt hätte und die Einnahmen nicht einfach über alle Ausgaben angewachsen wären. Auch damit hätten wir unsere Wirtschaft kompetitiver und robuster gestalten können. Das haben wir leider verpasst. Wir möchten auch weiterhin an Steuersenkungen arbeiten. Wir enthalten uns im Wissen darum, dass die Steuern nächstes Jahr im ganz grossen Umfang gesenkt werden.*

Florian Utz (SP): *Wir standen in den letzten zehn Jahren immer für Stabilität und Verlässlichkeit betreffend dem Steuerfuss ein und lehnten jeden Steuererhöhungsantrag und jede Steuersenkung ab. Wir sind der Meinung, dass Gewerbe, Wirtschaft und die Bevölkerung Planbarkeit und Berechenbarkeit brauchen. Deshalb möchten wir Steuern nur dann erhöhen, wenn es wirklich gar nicht anders geht. In diese Situation kamen wir bisher noch nie und sind es auch heute nicht. Gleichzeitig möchten wir Steuern nur dann senken, wenn wir wissen, dass wir die Steuersenkung über viele Jahre durchhalten. Seit 26 Jahren mussten dank der «Politik der Stabilität und Verlässlichkeit» nie Steuern erhöht werden. An dieser Politik halten wir selbstverständlich auch heute fest und stimmen für einen Steuerfuss von 119 Prozent. Für das Gewerbe steht im Moment nicht die Steuerrechnung im Fokus. Gewerbetreibende würden die Gewinnsteuer zahlen, wenn Sie denn auch Gewinn machen würden. Das Problem des Gewerbes ist aber, dass man im Moment kaum mehr Gewinn machen kann und es sich in einer existenziellen Krise befindet. Für die Gewerbetreibenden, mit denen ich gesprochen habe, steht im Moment weder der Steuerfuss von 119 Prozent noch von 117 Prozent auf Einnahmen, die sowieso nicht vorhanden sind oder weitgehend wegbrechen, im Fokus. Wir müssen im Moment Hilfe leisten und deshalb sind sofortige Gebührenerlässe, Mietzinserlässe, subsidiäre Massnahmen nötig – also Nothilfemassnahmen. Diese werden alle sofort wirksam, da das Gewerbe sie jetzt benötigt. Ein stabiler und verlässlicher Steuerfuss ist das Beste für unsere Stadt.*

Shaibal Roy (GLP): Auch die GLP setzt sich seit Jahren für einen stabilen Steuerfuss ein und wird sich auch in Zukunft für einen stabilen Steuerfuss einsetzen. Mittelfristig sind wir an einer Steuerfussenkung interessiert. Aktuell beurteilen wir aber den Zeitpunkt als nicht ideal. Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) zeigt tief nach unten. Das ist sicher nicht der richtige Zeitpunkt, um eine nachhaltige Senkung des Steuerfusses in Betracht zu ziehen, da das Risiko, den Steuerfuss wieder korrigieren zu müssen, und die Ungewissheiten viel zu gross wären. Uns wurde vorgeworfen, wir hätten die Unternehmenssteuerreform unterstützt und seien damit verantwortlich für die Ertragsausfälle. Wir hoffen, dass man versucht, die Ausfälle, die seit langem einklagbar waren und geringer ausfielen als eigentlich befürchtet, zu antizipieren und zu kompensieren. In der Verwaltung gibt es ein überproportionales Wachstum mit Doppelspurigkeiten, das man definitiv angehen muss. Ein stabiler Steuerfuss ist für die Unternehmen und die Bevölkerung wichtig. Die GLP will dem Stadtrat Zeit geben, um eine ideale Basis zu schaffen, damit Stabilität geschaffen und das Eigenkapital geschützt werden kann. Wenn wir wieder andere Aussichten haben, wird auch der richtige Zeitpunkt kommen, um eine Steuerfussenkung nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig in Betracht zu ziehen.

Marco Denoth (SP): Ich kann Ihnen als Unternehmer bestätigen, dass Steuern in dieser Krise nie das zentrale Thema waren. Ich kann Ihnen auch als Vorstandsmitglied eines Restaurants, das jeden Monat überlegen muss, wie man den Lohn für die Angestellten bezahlen soll, bestätigen, dass in keiner der Vorstandssitzungen je das Wort «Steuern» fiel. Steuern sind im Moment nicht das Problem der kleinen und mittleren Unternehmen. Es braucht andere Massnahmen. Für diese haben wir uns in dieser Budgetdebatte eingesetzt.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf ~~119~~ 117 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)

Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Johann Widmer (SVP)

Enthaltung: Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 12 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)

Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Johann Widmer (SVP)

Enthaltung: Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 14 Stimmen (bei 20 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 4:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen in der Stadt. Die Erfolgsrechnung weist bei einem Aufwand von 35,6 Millionen Franken und einem Ertrag von 40,8 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von knapp 5,2 Millionen Franken aus. Die Investitionen belaufen sich auf rund 52 Millionen Franken. Die einstimmige RPK beantragt Ihnen die Zustimmung zum Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung:	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Ausstand: Elisabeth Schoch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 89 gegen 0 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 5:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte das Budget für das Jahr 2021 der Stiftung für Wohnungen für kinderreiche Familien und stellte dabei fest, dass die Erfolgsrechnung einen Aufwand von 9,2 Millionen Franken sowie einen Ertrag von 9,9 Millionen Franken ausweist und damit einen budgetierten Ertragsüberschuss von knapp 700 000 Franken. Es sind Investitionen im Umfang von 1,6 Millionen Franken vorgesehen. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung für Wohnungen für kinderreiche Familien.

Johann Widmer (SVP): Da bereits jetzt zahlreiche subventionierte Wohnungen für kinderreiche Familien existieren und in diesem Feld bereits viel unternommen wird, finden wir, dass die Gelder der Stadt sinnvoller ausgegeben werden sollten. Wir sind auch der Meinung, dass Stiftungen in der Lage sein sollten, sich selbst zu finanzieren, gleich wie in der Privatwirtschaft. Deshalb nimmt die SVP das Budget der Stiftung für kinderreiche Familien ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2021 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Ausstand: Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit: Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Ausstand: Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 6:

Alan David Sangines (SP): Die Stiftung Alterswohnungen ist eine öffentlich-rechtliche Stiftung, die administrativ beim Gesundheits- und Umweltdepartement angesiedelt ist. Sie hat knapp 35 Siedlungen und bietet über rund 2000 preisgünstige und altersgerechte Wohnungen an. Die RPK ist der Ansicht, dass die Stiftung Alterswohnungen hervorragende Arbeit leistet und ist einstimmig – selbst mit der SVP, die sich eben für eine Privatfinanzierung von Stiftungen aussprach – der Meinung, das Budget zur Kenntnis zu nehmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 7:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK prüfte das Budget der Stiftung für bezahlbares und ökologisches Wohnen – Einfach Wohnen für das Jahr 2021 und stellte fest, dass einem Aufwand von knapp 1,8 Millionen Franken ein Ertrag von 1,7 Millionen Franken entgegensteht. Das führt zu einem Aufwandsüberschuss von 91 000 Franken. Es sind sportliche 20 Millionen Franken Investitionsausgaben budgetiert. Wir werden sehen, ob sie dieses Investitionsbudget auch ausschöpfen wird. Auf jeden Fall beantragt Ihnen die Mehrheit der RPK die Kenntnisnahme des Budgets 2021 der Stiftung für bezahlbares und ökologisches Wohnen – Einfach Wohnen.

Johann Widmer (SVP): Wir konnten bei verschiedenen Stiftungen Doppelspurigkeiten ausmachen. Verschiedene Institutionen konkurrieren um die gleichen Grundstücke und Liegenschaften. Damit wird nur noch mehr Steuergeld in den bereits überhitzten Immobilienmarkt gepumpt. Es stellt sich auch die Frage, wie man ökologisch und gleichzeitig billig wohnen kann. Ökologie hat seinen Preis und wir sehen hier einen Widerspruch. Wir fordern deshalb die Auflösung der Stiftung für bezahlbare und ökologisches Wohnen und nehmen das Budget der Stiftung ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2021 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit:	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 8:

Raphaël Tschanz (FDP): *Die Minderheit wird das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) ablehnend zur Kenntnis nehmen. Die Mehrheit setzte sich mit dem Budget auseinander und hatte den Eindruck, dass das Globalbudget dem Auftrag der AOZ entspricht. Auch wenn man über den Auftrag der AOZ diskutieren und ihn gegebenenfalls anpassen kann, gibt es beim Budget nichts zu kritisieren und wir können das Budget so annehmen.*

Johann Widmer (SVP): *Wir finden die Asyl-Organisation Zürich sowieso sinnlos und nutzlos. Man sollte sie abschaffen. Wir stellen einen Ablehnungsantrag, weil bei der AOZ weder sauber, noch sinnvoll gearbeitet wird.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 8:

8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2021 mit zwei Produktgruppen wird vorbehaltlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 13 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit:	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist beschlossen:

1. a) Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2021 werden genehmigt.
b) Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2021 werden genehmigt.

2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 17 420 000.– nach erfolgter Lohnrunde 2021 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2021 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2021 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. Dezember 2020 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

3339. 2020/397

Weisung vom 16.09.2020:

Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2021

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2021 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1300 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben. Zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, derivative Geschäfte einzusetzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Felix Moser (Grüne): *Mit dieser Weisung möchten wir dem Stadtrat die Ermächtigung geben, Geld aufzunehmen, damit er die Aufgaben des nächsten Jahres, die wir mit dem Budget bewilligt haben, ausführen kann. Der Gesamtrat möchte den Stadtrat ermächtigen, einen Kredit über 1300 Millionen Franken aufzunehmen. In der Weisung wird die Geldflussrechnung präsentiert. Es handelt sich unter anderem um den Aufwandsüberschuss der Erfolgsrechnung, der sich auf 185 Millionen Franken beläuft, und die Abschreibungen und Investitionen, die damit bezahlt werden, sowie Anleihen im Umfang von 460 Millionen Franken, die rückgezahlt werden. All das zusammen ergibt einen Mittelbedarf von 1,3 Milliarden Franken.*

Kommissionsminderheit:

Johann Widmer (SVP): *Die Minderheit lehnt die Weisung ab. Roger Bartholdi (SVP) wird die Ablehnung begründen.*

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Wir hoffen, dass die 1,3 Milliarden Franken, die dem Stadtrat für die Aufnahme von Fremdmitteln bewilligt werden, ausreichen werden. Wir hoffen, dass der Betrag übernächstes Jahr nicht deutlich höher ausfallen wird. Auch wenn die FDP im Kantonsrat und im Gemeinderat die gleiche Partei mit dem gleichen Kompass und mit den gleichen Grundsätzen ist, wurde dem Kantonsrat ein anderes Budget mit viel realistischeren Prämissen präsentiert – und auch leider einem viel grösseren Defizit. Ich bin Kapitalist und behaupte, profunder Kenner der epochalen Monographie des The-mas zu sein. Als solcher kann ich sagen, dass ein Casino nichts mit Kapitalismus zu tun hat. Menschen, die ins Casino gehen, haben von Kapitalismus nichts verstanden.*

Roger Bartholdi (SVP): *2011 kürzte der Stadtrat den Antrag für die Mittelbeschaffung von 750 Millionen auf 525 Millionen Franken. 2014 lag der Antrag bei ganzen 1000 Milli-onen Franken, die wir gemeinsam mit der FDP ablehnten. In den darauf folgenden Jah-ren lag der Betrag immer darunter, bis auf letztes Jahr, als es auch wieder bei 1000 Mil-lionen Franken lag. Dieses Jahr liegt der Betrag bei 1300 Millionen Franken und wir leh-nen den Antrag als einzige Partei ab. Die FDP scheint mit solch hohen Beträgen kein Problem zu haben. Wir stellten noch nie einen solch kleinen Antrag und forderten in An-betracht der Ausgangslage eine Reduktion von 100 Millionen Franken. Das Budget ist beschlossen und die Ausgaben wurden somit auf den Weg gegeben. Das anerkennen wir. Wir anerkennen auch, dass es ein besonderes Jahr ist. Eine massive Kürzung wäre deshalb falsch gewesen. Die 100 Millionen Franken sind ein Signal. Wir möchten nicht, dass die Entwicklung zu immer höheren Aufnahmen so weiter verläuft und weiter so steigt, wie sie in den letzten Jahren gestiegen ist. Deshalb möchten wir heute mit die-sem marginalen Kürzungsantrag von 100 Millionen Franken einen Warnschuss vor den Bug setzen. Wir sprechen hier über die Schulden von morgen. In einigen Legislaturperi-oden werden wahrscheinlich auch die Linken und Grünen merken, dass der Beschluss 2020 nicht sehr gut war. Es ist wichtig, ein Zeichen zu setzen und unser Antrag soll in diesem Sinne verstanden werden.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2021 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von ~~1300~~ 1200 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben. Zur Optimierung der Kosten der Mittel-beschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, deri-vate Geschäfte einzusetzen.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP) Referent; Susanne Brunner (SVP)
Enthaltung:	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 13 Stimmen (bei 20 Enthaltun-gen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP) Referent; Susanne Brunner (SVP)
Enthaltung:	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 11 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2021 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1300 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben. Zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken wird der Stadtrat ermächtigt, derivative Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 23. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Februar 2021)

3340. 2020/353

Weisung vom 26.08.2020:

Kultur, Förderung Tanz und Theater, Produktionsplattform, Beiträge 2021–2024

Antrag des Stadtrats

1. Für die Jahre 2021–2024 wird ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag für die Einführung einer Produktionsplattform Tanz und Theater von Fr. 200 000.– an eine noch zu bestimmende Trägerschaft bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der Wert von Dezember 2020). Eine negative Jahresteuern führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach ei-

nem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Mark Richli (SP): In der Weisung geht es um die Produktionsplattform in der Tanz- und Theaterlandschaft (TTL). Es handelt sich um eine von vier Massnahmen, der das Volk in der Volksabstimmung zustimmte. Eine Ablehnung macht alleine schon deshalb keinen Sinn. Es geht darum, die freie Szene zu stärken. In diesem Bereich fehlt es an Professionellen und der Nachwuchsmangel im Bereich Produktion soll behoben werden. Die Produktionsplattform übernimmt die Beratung, Vernetzung und Weiterbildung. Sie soll von einer unabhängigen Trägerschaft geleitet werden und erhält von der Stadt einen jährlichen wiederkehrenden Betriebsbeitrag von 200 000 Franken. Es ist ein Teil des neuen Fördersystems und betrifft die Konzeptförderung wie Tanz- und Theaterhäuser für Kinder und Jugendliche. Die Produktionsplattform wie auch der kuratierte Raum sind ein Teil davon. Die Produktionsplattform soll ein Kompetenzzentrum sein, ein Zusammenschluss von mehreren Produktionsleitenden und Diffusionsfachleuten. Sie soll die Beratung und Vernetzung und Aus- und Weiterbildung gewährleisten. Bestehende Produktionsbüros sollen nicht konkurriert werden. Es soll eine Anlaufstelle für interessierte zukünftige und bereits aktive Produktionsleitende sein und auch zu einem Austausch mit Institutionen und Verbänden führen. Es handelt sich um eine schlanke Betriebs- und Organisationsstruktur für die ein hypothetisches Gesamtbudget von 300 000 Franken vorgesehen ist. Die Stadt soll jährlich 200 000 Franken beisteuern. Der Kanton signalisierte ebenfalls Unterstützung und die Personalkosten werden nicht allzu hoch sein. Für die Realisierung des Betriebs von 2021–2024 wird eine Trägerschaft eingesetzt. Es wird eine Ausschreibung geben. Wir sind mit dem Zeitplan etwas im Verzug, die Weisung kam später in den Rat als eigentlich vorgesehen. Die Stadtpräsidentin wird den Subventionsvertrag abschliessen. Die Mehrheit der Kommission findet die Produktionsplattform eine wichtige und gute Sache, weil sie ein Teil der bereits beschlossenen TTL ist. Bei den Detailanträgen zu den Punkten 2 und 3 handelt es sich einerseits um den üblichen Antrag zur Teuerung, den die Minderheit nicht gewähren möchte, und um den üblichen Kürzungspassus im Falle eines Bilanzfehlbetrags der Stadt. Die Mehrheit beantragt Ihnen die Ablehnung dieser Detailanträge.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2 und Schlussabstimmung:

Yasmine Bourgeois (FDP): Mit der Produktionsplattform werden staatliche Stellen für eine Dienstleistung geschaffen, die auch von Privaten angeboten werden kann. In der Deutschschweiz werden in mindestens vier Lehrgängen Produktionsfachkräfte ausgebildet. Es gibt also bereits Produktionsfachkräfte auf dem Markt. Diese möchten auch auf dem freien Markt tätig sein. Sie arbeiten auf eigenes Risiko und sind darauf angewiesen, ihre Dienstleistungen verrechnen zu können – gerade in diesen unsicheren Zeiten. Wenn die Stadt dafür eine neue Stelle schafft, würde ich als Theater natürlich auch eher zur Stadt gehen, weil es definitiv billiger ist. Sie alle wissen, dass es in Zeiten ohne Pandemie unendlich viele Produktionen gibt. Soll also wirklich eine Stelle geschaffen werden, von der nur einige Wenige profitieren werden? Mit dem neuen Förderkonzept, das an der Urne angenommen wurde, sollen neue Konzepte gefördert werden. Zu einem Konzept gehört aber nicht nur das Künstlerische, sondern auch das Organisatorische und das Finanzielle. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass im Konzept auch die Produktion und die dazugehörigen Kosten miteinbezogen und in der Folge auch unterstützt werden. Dafür braucht es keine separate Stelle. Es gibt genügend Fachkräfte – sie müssen aber

in das Projekt miteinbezogen werden. Auch die grossen Co-Produktionshäuser verfügen über Personal mit Know-how in diesem Bereich. Die freien Theater und Theaterschaffenden sollen gemäss dem neuen Förderkonzept mit den Institutionen zusammenarbeiten. Dafür erhalten die grossen Institutionen auch mehr Geld. Zudem ist es sehr widersprüchlich, dass die Trägerschaft unabhängig sein soll, da nur wer vernetzt ist, auch Produktionen vermitteln und finanzieren kann. Für die Minderheit der Kommission ist das Schaffen einer neuen staatlichen Stelle für Produktionen unnötig und entzieht dem Markt wichtige Produktionsfachkräfte für ein paar Wenige, die davon profitieren.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3:

Urs Riklin (Grüne): *Es geht um die standardmässige Ablehnung der Dispositivziffer, die eine Kürzung der Beiträge von Kulturschaffenden verlangt, wenn das Eigenkapital unter 100 Millionen Franken fällt oder ein Bilanzfehlbetrag auftritt. Ich werde nicht müde, verschiedene Argumente für die Ablehnung zu präsentieren. Von Film zu Theater, von Tanz zu Musik, von Literatur zur Bildenden Kunst und von Festivals zu Einzelprojekten: Die Stadt unterstützt zahlreiche Kulturinstitutionen, kulturelle Veranstaltungen und auch Kulturschaffende. Das ist richtig und wichtig, weil ohne diese Unterstützung nicht eine solche Vielfalt im Kulturschaffen und nicht eine solche Lebendigkeit, Inspiration und kritische Auseinandersetzung mit uns und der Welt möglich wäre. Man muss nicht Horkheimer und Adorno gelesen haben, um zu verstehen, dass sich das Kulturschaffen unabhängig von kapitalistischen und politischen Steuerungs- und Produktionslogiken bewegen sollte, wenn man die Vielfalt, die Lebendigkeit, die Inspiration und die kritische Auseinandersetzung fördern möchte. Um das zu erreichen, muss das Kulturschaffen unabhängig sein und sich nach ästhetischer, kreativer und inspirierender Logik entwickeln können. Kultur ist so etwas wie die Forschung und Entwicklung innerhalb einer Firma; es ist die Auseinandersetzung mit dem Status Quo, es ist der Aufbruch zu neuen Horizonen, kostet aber auch Geld und der Output bleibt manchmal ungewiss oder irritierend. Forschung und Entwicklung sind aber ein Investment, in das jede Firma investieren sollte. Die Stadt investiert jährlich rund 100 Millionen Franken in Kultur. Das klingt auf den ersten Blick für gewisse Ohren nach viel Geld. Bei einem Gemeinde-Etat von jährlich 9 Milliarden Franken ist das aber nur ein relativ kleiner Anteil von rund 1,5 Prozent. Umso unverständlicher ist es für uns Grüne, wie auch für die AL, dass ausgerechnet und einzig bei der Kultur jeweils eine automatische Rasenmäher-Sparklausel zur Anwendung kommen sollte. Beiträge der Stadt sollen automatisch gekürzt werden, sobald es dem städtischen Haushalt nicht mehr so gut geht. Es ist klar, dass man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sehen muss, wie man Geld ausgibt und man auch bedenken sollte, wie man es wieder einnehmen kann. Wir verstehen aber nicht, weshalb der Rasenmäher nur bei der Kultur angesetzt wird, während man andernorts ungebremst Millionen Franken ausgibt. Hier wird in einem fragilen Gefecht gespart. Es ist ein unausgewogenes Sparen und es ist ein Sparen mit wenig Einsparungspotential. Umgekehrt bedeutet bereits eine kleine Beitragskürzung für viele Kulturschaffende eine bedenkliche Einschränkung, da sie nicht selten mit relativ wenigen Mitteln auskommen müssen und mit viel freiwilligem Engagement arbeiten. Deshalb lehnen wir Grünen und die AL die Dispositivziffer, die eine automatische Beitragskürzung an die Kultur verlangt, falls das Eigenkapital der Stadt unter 100 Millionen sinkt oder ein Bilanzfehlbetrag auftreten sollte, jeweils unermüdlich ab. Wir sind mit diesem Antrag im Moment leider noch in der Minderheit. Es ist sehr erfreulich, dass die Mehrheit der Kommission, die aus der AL, GLP, Grünen und SP zusammengesetzt ist, der Meinung ist, dass die Unterstützung und die Subventionsbeiträge an Kulturschaffende und Kulturinstitutionen nicht durch eine allfällige Teuerung aufgeessen werden sollten. Wäre dies der Fall, würde das einem indirekten Abbau der Unterstützungsbeiträge gleich kommen. Glücklicherweise können wir auch auf eine einigermaßen stabile Teuerungsphase zurückblicken. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt*

Ihnen deshalb bei allen drei Weisungen die Ablehnung der Streichung der Dispositivziffer, die den Teuerungsausgleich streichen möchte. Die Minderheit empfiehlt Ihnen auch die Ablehnung der Dispositivziffer, die eine automatische Kürzung der Kulturbeiträge bei Schieflage des Haushalts vorsieht.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Ich freue mich sehr über das klare Ja der Zürcher Stimmberechtigten zum neuen Fördersystem im Bereich Tanz und Theater. Es ist ein erfreuliches Unterstützungsvotum für die städtische Kulturpolitik und auch für den langen und ausführlichen Prozess, den wir gemeinsam mit den Betroffenen durchliefen. Ein weiteres Resultat des Prozesses ist die unabhängige Produktionsplattform. Damit soll das Berufsbild der Produzentin und des Produzenten im Bereich Tanz und Theater gestärkt werden. Das ist eine grosse Hilfe für die Künstlerinnen und Künstler. Das Bedürfnis nach einer solchen Produktionsplattform wurde im Prozess von den Kunstschaaffenden selbst geäussert. Mit dem gewählten Modell und der Ausschreibung, bei der sich auch private Trägerschaften bewerben können, verfügen wir über ein gutes Umsetzungskonzept.*

Weitere Wortmeldungen:

Natalie Eberle (AL): *Wir von der AL sind der Meinung, dass es wichtig ist, die Produktionsplattform zu initiieren und das Politprojekt zu festigen. Es ist eine Tatsache, dass Produzentinnen und Produzenten von Theater oder Tanzproduktionen einen sehr wichtigen Job machen – ohne sie geht nichts. Man kann ihre Arbeit mit einem Kurator oder einer Kuratorin einer Ausstellung vergleichen, ohne die die Realisierung einer Ausstellung schwierig ist. Produzentinnen und Produzenten können die Rahmenbedingungen schaffen, damit gutes Theater gemacht werden kann und Schauspielerinnen und Schauspieler, Regisseurinnen und Regisseure gute Bedingungen für die Umsetzung ihrer Werke haben. Dass die Produktionsplattform gebraucht wird, liegt auch daran, dass die Zürcher Hochschule der Künste (ZHDK) leider keine Ausbildungsstätte für Produktion ist, da man an der ZHDK nur für den Musikbereich Produktion lernen kann. Im Musikbereich handelt es sich aber um eine ganz andere Art von Produktion als im Bereich Tanz und Theater. Die Produktionsplattform soll junge Produzentinnen in ihrem Engagement stärken und beraten und dafür sorgen, dass Produzentinnen der freien Theaterszene ihre Erfahrungen nicht im luftleeren Raum machen müssen. Sie sollen über die Plattform Beratungen erhalten, die sie für die Durchführung ihrer Produktionen benötigen.*

Stefan Urech (SVP): *Zum Abschluss der Budgetdebatte entrüstet sich der Fraktionspräsident der Grünen darüber, dass nicht alle so differenziert argumentieren wie die linke Ratsseite. Gleichzeitig argumentierte der Sprecher der Grünen, dass im Falle eines Eigenkapitals der Stadt von unter 100 Millionen Franken und einer damit einhergehenden Streichung um ein Prozent bei der Produktionsplattform, die Institution mit dem Rasenmäher kaputtgespart werden würde. Belehren Sie uns also nicht, wie differenziert Sie argumentieren, während Sie sehr gewagte Formulierungen machen.*

Simone Hofer Frei (GLP): *Die GLP stimmt der Produktionsplattform zu. Es ist Teil der TTL-Vorlage, die vom Volk angenommen wurde. Ich habe mir von einem erfahrenen und erfolgreichen Theaterschaaffenden sagen lassen, dass er in seiner langen Karriere sehr viele sehr talentierte Kulturschaaffende kennen gelernt habe. Oft habe dieses Talent aber nicht unbedingt mit einem organisatorischen oder kommerziellen Talent korreliert. Insofern kann mit der Plattform eine relativ günstige Anschubhilfe geleistet werden. Das kommt uns günstiger als wenn wir die Truppen selbst subventionieren. Deshalb unterstützen wird den Versuch, dessen Erfolg stark davon abhängen wird, wie die Plattform besetzt sein wird. Damit die Plattform gelingt, muss eine sehr vernetzte und erfahrene Person gefunden werden.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Judith Boppert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Abwesend:	Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Judith Boppert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Sarah Breitenstein (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP)
Minderheit:	Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL)
Abwesend:	Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Judith Boppert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Abwesend:	Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Jahre 2021–2024 wird ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag für die Einführung einer Produktionsplattform Tanz und Theater von Fr. 200 000.– an eine noch zu bestimmende Trägerschaft bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der Wert von Dezember 2020). Eine negative Jahresteuern führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Februar 2021)

3341. 2020/371

Weisung vom 02.09.2020:

Kultur, Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft SIK-ISEA, Beiträge 2021–2024

Antrag des Stadtrats

1. Dem SIK-ISEA wird für die Jahre 2021–2024 ein wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 231 000.– pro Jahr bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2010 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuern führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanz-

fehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2 / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3 und Schlussabstimmung:

Stefan Urech (SVP): *Das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft (SIK-ISEA) hat verschiedene Aufgaben. Im Zentrum steht aber das Kunstarchiv. Beim Kunstarchiv geht es um das Sammeln, Erschliessen und Bereitstellen von Informationen zu Künstlern. Das SIK-ISEA macht das sowohl analog als auch digital auf ihrer Website. Es handelt sich bei den Künstlern um grosse Künstler wie Ferdinand Hodler, aber auch um unbekannte, junge Künstlerinnen und Künstler. Ein immer grösserer Teil des Archivs steht online unter sikart.ch zur Verfügung. Zudem wird im Bereich der Schweizer Kunst geforscht, publiziert und auch vermittelt. Das SIK-ISEA hat ein Budget von 7,9 Millionen Franken. Der Eigenfinanzierungsgrad beträgt beachtliche 40 Prozent. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sie durch ihre angebotenen Dienstleistungen auch Geld einnehmen. Der Rest des Budgets wird vom Bund mit 2,8 Millionen Franken, vom Kanton mit 1,1 Millionen Franken und der Stadt mit 230 000 Franken übernommen. Die Stadt beteiligt sich seit 64 Jahren – nicht zuletzt, weil die Institution stark in Zürich verankert ist. Das zeigt sich beispielsweise auch in den Beratungsgesprächen für Künstlerinnen und Künstler. Letztes Jahr wurden 67 solche Gespräche durchgeführt, davon wurde ein Drittel mit Künstlerinnen und Künstlern aus der Stadt geführt. Die Kommission stellte insbesondere Nachfragen zur denkmalgeschützten Villa Bleuler, die für viel Geld saniert werden muss und Fragen zur Digitalisierung. Das SIK-ISEA versprach uns, den Bestand weiterhin zu digitalisieren. Da unsere Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet wurden, empfiehlt Ihnen die einstimmige Kommission, die Beiträge auch für die nächsten Jahre wieder zuzustellen. Die Debatte über die Rasenmäher müssen wir nicht jedes Mal wieder führen. Sie kennen die Argumente.*

Weitere Wortmeldung:

Maya Kägi Götz (SP): *Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen das Online-Lexikon der SIK-ISEA ans Herz zu legen. Die SP unterstützt die Weisung selbstverständlich.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Judith Boppart (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Abwesend: Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Judith Boppart (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Sarah Breitenstein (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL)
Abwesend: Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Zustimmung: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Judith Boppart (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Abwesend: Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem SIK-ISEA wird für die Jahre 2021–2024 ein wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 231 000.– pro Jahr bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2010 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuern führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Februar 2021)

3342. 2020/372

Weisung vom 02.09.2020:

Kultur, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst (Museum Haus Konstruktiv), Beiträge 2021–2024

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst (Museum Haus Konstruktiv) wird für die Jahre 2021–2024 ein wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 975 000.– pro Jahr bewilligt. Davon sind Fr. 50 000.– zweckgebunden für die Durchführung der KinderKulturAkademie Zürich (KKAZ) zu verwenden.
2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich bis zu höchstens einer Million Franken der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2019 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuierung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Sarah Breitenstein (SP): Im Jahr 1968 gründeten Kunstschaaffende aus dem Umfeld der «Zürcher Konkrete» die Stiftung für konstruktive und konkrete Kunst. Zweck der Stiftung war es, die ab den 1930er-Jahren in Zürich entstandene konstruktive und konkrete Kunst auszustellen und zu pflegen. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um eine Kunstrichtung, die auf mathematisch, geometrischen Grundlagen beruht und sich durch ihr wissenschaftliches Denken, Konzentration, das Zusammenspiel von Formen und Farben und ihr Interesse an der Erforschung der Farben des Konstruktivismus von der abstrakten Kunst abgrenzt. Als wichtigste Vertreter sind Max Bill und Gottfried Honegger zu nennen. Seit 2001 ist die Stiftung im Elektrizitätswerk (ewz) unter dem Werk Selnau eingemietet. Sie baute einen Teil des ewz-Unterwerks mit Hilfe von Investitionen der öffentlichen Hand und der Trägerschaft in das Museum Haus Konstruktiv um. Die Ausstellungsfläche beträgt 1300 Quadratmeter, verteilt auf fünf Stockwerke. Die Sammlung zählt rund 900 Werke. Davon sind die meisten Schenkungen. Im Jahr 2011 wurde die Stiftung umbenannt in die Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst. Das Museum Haus Konstruktiv zählt heute zu den führenden Ausstellungshäusern in Zürich und der Schweiz und kooperiert mit nationalen und internationalen Institutionen. Die Publikumszahlen stiegen in den letzten Jahren auf rund 25 000 Personen jährlich. Dabei wird dank intensiven Bemühungen vermehrt auch ein jüngeres Publikum angesprochen. Das Museum geniesst auch in der Fachwelt einen guten Ruf und sorgt mit Vermittlungstätigkeiten für eine feste Verankerung im Publikum, vor allem bei dem aus Zürich. Seit 2007 gibt es in Zusammenarbeit mit der Zürcher Versicherungsgruppe den Zurich Art Prize. Mit der vorliegenden Weisung sollen die bisherigen Beiträge um 200 000 Franken auf 975 000 Franken erhöht werden. Das wird damit begründet, dass die Anforderungen an einen professionellen und erfolgreichen Museumsbetrieb dank der markant verbesserten nationalen und internationalen Strahlkraft stiegen und die Höhe der bisherigen städtischen Betriebsbeiträge mit dieser Entwicklung nicht Schritt hielten. Seit der Gemeinderat 2013 die Subventionsbeiträge für die KinderKulturAkademie erhöhten, hat das Museum die Vermittlungsarbeit in verschiedenen Bereichen intensiviert und auch innovative zusätzliche Vermittlungsangebote entwickelt. Unter dem Titel «Ich seh's anders!» wird zum Beispiel ein Austausch der Betrachtungsweise der Kunst angeregt, bei denen altersgemischte Gruppen von Menschen mit und ohne kognitive Beeinträchtigung zusammen Kunstwerke entdecken. Solche Programme benötigen mehr personelle Ressourcen. Ein Teil der beantragten Erhöhung soll darum künftig für die intensiverte Vermittlungsarbeit eingesetzt werden. Auch die heutigen Ansprüche an eine zeitgemässe Betriebsführung stiegen. Das führt zu Erhöhungen bei den Produktionskosten für Ausstellungen, zum Beispiel durch erhöhte technische Ansprüche beim Transport und Aufbau, zusätzliche Lohnkosten für die digitale Aufarbeitung und die Publikation der Sammlung und einen attraktiven Internetauftritt. Auf der Einnahmenseite gestaltet sich die Generierung der Drittmittel von Stiftungen, Mäzeninnen und Mäzenen, Sponsorinnen und Sponsoren zusehends als anspruchsvoller. Auch die Unterstützung von Kulturinstitutionen durch die Wirtschaft ist inzwischen nicht mehr selbstverständlich. Dazu kommt, dass das ewz seine bisherigen Sponsoringbeiträge von bisher jährlich 100 000 Franken auf Ende 2019 kündigte. Aus diesen Gründen beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat mit der vorliegenden Weisung, der Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst für die Subventionsperiode 2021–2024 einen wiederkehrenden Betriebsbetrag von 975 000 Franken pro Jahr zu bewilligen. Davon sind weitere 50 000 Franken zweckgebunden für die Durchführung der Kinderkulturakademie Zürich zu verwenden. Die Beiträge für die Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst wurden seit 2009 nicht mehr wesentlich erhöht, obwohl das Budget stetig wuchs. Es freut uns, dass sich das Museum

Haus Konstruktiv grosser Beliebtheit erfreut und die Besucherzahlen weiter ausbauen konnte. Es ist nachvollziehbar, dass die Erwartungen des Publikums mit dem grösseren Erfolg auch anspruchsvoller werden. Auch an einem Museum geht der technische Wandel nicht spurlos vorbei. Wir begrüssen vor allem die bisherigen Vermittlungsangebote für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Beeinträchtigungen und unterstützen Bestrebungen, damit solche Vermittlungsangebote intensiviert werden. Dafür sind jedoch mehr Personalressourcen unumgänglich. Zudem fallen der Stiftung wegen der Kündigung der Unterstützungsleistung durch das ewz wichtige Mittel weg. Aus unserer Sicht hat die Stiftung aufgezeigt, dass sie nachhaltig und seriös wirtschaftet. Die Stiftung hat mit einem Budget von 2,6 Millionen Franken einen sehr hohen Eigenfinanzierungsgrad von 64 Prozent. Ihre Mittel stammen vor allem aus Mitglieder- und Gönnerbeiträgen, Eintritte, Shop- und Café-Umsätze und über meistens projektbezogenes Sponsoring und Beiträge von Stiftungen. Der städtische Subventionsgrad wird mit der Erhöhung rund 36 Prozent betragen, was angesichts der vermehrten Schwierigkeit bei der Beschaffung von Drittmittel aus unserer Sicht absolut vertretbar ist. Die Kommissionsmehrheit hält es nicht für angebracht, den Kulturinstitutionen inmitten einer Krise, von der sie hart getroffen werden, die Mittel zu kürzen. Der Wegfall des Sponsoringbeitrags des ewz kommt dem Antrag der GLP zur der Kürzung der städtischen Mittel um 100 000 Franken gleich. Gerade auch Museen, die ihre Betriebe im Jahr 2020 teilweise zumachen mussten und auch Anfang 2021 in eine unsichere Zukunft blicken, brauchen unsere Unterstützung und in Bezug auf Geldmittel Sicherheit, damit sie weiterplanen und sich weiterentwickeln können. Zudem konnten aus unserer Sicht die Gründe für die Erhöhung plausibel dargelegt werden. Beim Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2 handelt es sich um die jährliche Anpassung des Betriebsbeitrags an die Teuerung. Die Mehrheit der Kommission findet dies sinnvoll und beantragt deshalb die Ablehnung der Streichung. Beim Änderungsantrag zur Dispositivziffer 3 geht es um die Kürzung der Subvention, falls die Rechnung der Stadt einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Auch diese Bestimmung erachtet die Mehrheit der Kommission als sinnvoll und beantragt auch hier die Ablehnung der Streichung.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag Dispositivziffer 1:

Isabel Garcia (GLP): *Wir sind der Auffassung, dass in einer solch schwierigen finanziellen Situation, wie wir sie im Moment erleben, eine Erhöhung der jährlichen Subventionen um 200 000 Franken nicht angebracht ist. Es geht uns nicht darum, die aktuelle Arbeit und die Ausrichtung des Haus Konstruktiv zu kritisieren. Man muss in schwierigen Zeiten aber mit dem vorhandenen Budget auskommen. In diesem Sinne danken wir für die Unterstützung unseres Antrags.*

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Stefan Urech (SVP): *Wir haben heute bereits zweimal erklärt, warum wir nicht möchten, dass der Betriebsbeitrag der Teuerung angepasst wird. Die SVP wird dem Änderungsantrag der GLP zustimmen. Es wurde in der Vorstellung der Weisung angesprochen, dass das Haus Konstruktiv mit 64 Prozent einen sehr hohen Eigenfinanzierungsgrad hat. Das zeigt, dass das Haus Konstruktiv begeistern kann. Dafür verdient das Haus Konstruktiv auch von bürgerlicher Seite Lob. Eher skeptisch betreffend des Eigenfinanzierungsgrads ist aber die Stadt. In der Begründung der Subventionserhöhung wird als erster Punkt in der Kommission «Hoher Eigenfinanzierungsgrad wird zum Risiko» genannt. Wenn ich diesen Titel lese, frage ich mich, ob die Stadt wirklich noch Interesse an einem hohen Eigenfinanzierungsgrad der Institutionen hat. Wenn die Institutionen diesen nämlich erreichen, wird bemängelt, es entstehe ein zu grosses Klumpenrisiko und man müsse deshalb die Subvention erhöhen. Ich bitte Sie, mit dem Antrag der GLP zu stimmen, der nicht weniger Geld verlangt, sondern den bisherigen Subventionen zustimmt und die Erhöhung ablehnt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Das Haus Konstruktiv kann man als das zürcherischste aller Zürcher Museen bezeichnen, weil die konstruktive, konkrete Kunst von Zürcher Künstlerinnen und Künstlern erfunden wurde. Das Museum pflegt das Kulturgut, entwickelt es weiter und setzt es in Bezug zu heutigen Entwicklungen. Das Haus Konstruktiv leistet Beachtliches betreffend Eigenfinanzierung. Weshalb das in Zeiten, in denen Firmen sehr zurückhaltend mit Sponsoringbeiträgen sind, zu einem Risiko wird, legten wir in der Kommission ausführlich dar. Ein hoher Eigenfinanzierungsgrad ist nur möglich mit der Unterstützung der Stadt. Das Commitment der Stadt hilft den Institutionen, weil sich dadurch auch private Geldgeberinnen und Geldgeber immer wieder engagieren. Um das Museum auch unter den neuen Bedingungen langfristig auf dem aktuellen guten Qualitätsniveau zu halten, ist ein verstärktes Engagement der Stadt nötig und unserer Meinung nach auch sinnvoll.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst (Museum Haus Konstruktiv) wird für die Jahre 2021–2024 ein wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. ~~975 000.–~~ 775 000.– pro Jahr bewilligt. Davon sind Fr. 50 000.– zweckgebunden für die Durchführung der KinderKulturAkademie Zürich (KKAZ) zu verwenden.

Mehrheit:	Sarah Breitenstein (SP), Referentin; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Judith Boppert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Simone Hofer Frei (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit:	Sarah Breitenstein (SP), Referentin; Judith Boppert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 31 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Sarah Breitenstein (SP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Judith Boppert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Sarah Breitenstein (SP), Referentin; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Judith Boppert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung:	Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 13 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst (Museum Haus Konstruktiv) wird für die Jahre 2021–2024 ein wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 975 000.– pro Jahr bewilligt. Davon sind Fr. 50 000.– zweckgebunden für die Durchführung der KinderKulturAkademie Zürich (KKAZ) zu verwenden.
2. Der Betriebsbeitrag wird jährlich bis zu höchstens einer Million Franken der Teuerung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (als Basis gilt der höhere der beiden Werte von Dezember 2019 und Dezember 2020). Eine negative Jahresteuierung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um zwei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um vier Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um ein Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um drei Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um vier Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 23. Dezember 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Februar 2021)

3343. 2019/213

Dringliche Motion der SP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:

Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erwerb der Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Florian Utz (SP)** begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1277/2019): Die Motion wurde bereits im Jahr 2019 für dringlich erklärt und ist nach wie vor aktuell. Dass sie erst jetzt behandelt wird, ist nicht der Fehler des Stadtrats, sondern wurde im Einvernehmen mit dem Büro und auch den Motionären so abgemacht, da der Bund Eigenbedarf prüfte. Wenn der Bund Liegenschaften verkauft, haben zuerst der Kanton und dann die Gemeinden – in diesem Fall die Stadt – ein gesetzliches Vorkaufsrecht. Die Motion fordert den Stadtrat auf, dieses Vorkaufsrecht wahrzunehmen. Der Kauf des Gebäudes ist aus Sicht der Motionäre eine sehr sinnvolle Sache. Wir stimmten in der Volksabstimmung über das Drittelziel ab und verankerten auch das Ziel, eine soziale Durchmischung in den Quartieren zu ermöglichen. Gerade am Standort des Meteo-Schweiz-Gebäudes ist die soziale Durchmischung sicher eine gute Sache und im Moment eher gefährdet. Mit Begeisterung las ich in der Motion, dass die Verhandlungen in einem fortgeschrittenen Stadium sind und allenfalls bereits in diesem Jahr ein Abschluss der Verhandlungen möglich wird. Es ist erfreulich, dass Stadtrat und Bund offenbar nicht mehr weit auseinanderliegen und ich hoffe sehr, dass man das Geschäft zu einem guten Abschluss bringt. Es wäre auch ein Gewinn für das Quartier. Wir würden dem Stadtrat überlassen, ob sich das Gebäude am besten für Wohnungen, Gewerberäume, Alterswohnungen oder andere Nutzungen eignet. Wir machten dem Stadtrat in der Motion deshalb bewusst keine spezifischen Vorgaben. Wir halten an der Form der Motion fest. Wenn die neue Bestimmung, die zum Glück vom Volk angenommen wurde, in Kraft treten wird, müsste man das Geschäft als Postulat fordern. Da die neue Bestimmung aber noch nicht in Kraft ist, ist im Moment die Motion die richtige Form.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Es macht bei Liegenschaftserwerben aus zwei Gründen nie Sinn, eine Motion einzureichen: Erstens weiss die andere Seite dann, dass wir unter Druck stehen. Das bringt uns in eine schlechte Verhandlungsposition. Wenn der Gemeinderat wirklich findet, der Stadtrat soll die Liegenschaft erwerben, müsste er anders vorgehen. Zudem können sich Geschäfte hinziehen und Jahre dauern. Wir sind über die Motion*

also an Fristen gebunden, die wir nicht unbedingt einhalten können. In diesem Sinne bedanke ich mich, dass Sie die Vorlegung der Motionsantwort immer wieder verlängert haben. Die Verhandlung war kein gradliniger Weg – auch nicht seitens des Bundes. Aktuell sind wir aber tatsächlich in den Schlussverhandlungen und es zeichnet sich ab, dass wir uns einig werden und wir eine Vorlage zum Erwerb der Liegenschaft vorlegen können. In diesem Sinne ist es nach wie vor überflüssig eine Motion zu überweisen. Wir werden Ihnen die Vorlage vorlegen und Sie können das Geschäft als Postulat überweisen. Wir nehmen die Zeichen wahr, aber erwarten Sie bitte von dieser Liegenschaft keine Wunder. Sie ist denkmalgeschützt. Auch wenn die Stadt Interesse hat, die Liegenschaft zu erwerben, wird in nächster Zeit wahrscheinlich kein soziales Durchmischungsparadies entstehen. Eine Vorlage wird Anfang nächstes Jahr kommen – vorbehaltlich, dass der Bund nicht nochmals eine Schleife dreht.

Weitere Wortmeldungen:

Emanuel Eugster (SVP): *Die Motion fordert den Stadtrat auf, ein unbestritten interessantes Gebäude zu kaufen. Die SVP ist allerdings der Meinung, dass der Stadtrat, solange er noch keinen vernünftigen Plan für das Projekt hat, auch keine Liegenschaft auf Vorrat kaufen sollte. In der Motion steht, dass es bezahlbaren Wohnraum braucht. Eine solche Liegenschaft kann man vielfältig nutzen und Ihnen leuchten bei diesem Gedanken sicherlich die Augen. Sie möchten die Liegenschaft zu einem relativ hohen Preis kaufen und günstigen Wohnraum schaffen. Das ist aber eine schwierige Rechnung und auch die Realisierung eines Projekts für eine solche Liegenschaft ist nicht schnell gemacht. Wir möchten diese Möglichkeit lieber einem Privaten geben, der bereits gewisse Vorstellungen hat und ein Projekt schneller realisieren könnte. Wir hoffen, dass die schöne Liegenschaft nicht allzu lange leer steht und lehnen die Motion und das Postulat ab.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Die Krähenbühlstrasse 58 ist ein wunderschöner Ort am Zürichberg zwischen Toblerplatz und Zoo. Wegen der südexponierten Höhenlage hat es viel Sonne und wenig Nebel und man hat eine herrliche Aussicht auf die Stadt, den Zürichsee und die Alpen. Die Liegenschaft ist durch den ÖV perfekt erschlossen. Eine Tramhaltestelle befindet sich praktisch vor der Haustüre. In der Nachbarschaft befindet sich ein Kindergarten und das Schulhaus Fluntern-Heubeeribüel. Das Naherholungsgebiet Zürichberg und Adlisberg mit Sport- und Erholungsmöglichkeiten sind in ein paar Minuten zu Fuss erreichbar. Die Stadt hat die Möglichkeit, diese Liegenschaft an exklusiver Lage vom Bund zu erwerben. Das ist eine einmalige Chance für die Stadt. Auch wenn das Hauptgebäude Krähenbühlstrasse 58 unter Denkmalschutz steht, gibt es gute Nutzungsmöglichkeiten. Erstens: Preisgünstige Wohnungen für Familien mit Kindern. Im Quartier Fluntern sind bezahlbare Wohnungen für Familien Mangelware. Zweitens: Preisgünstige Alterswohnungen. In Fluntern gibt es kein Angebot an Alterswohnungen für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen. Der Verein AltersKollektiv hat ein Projekt «gemeinschaftliches Wohnen im Alter» griffbereit in der Schublade. Drittens: Ein Teil der Liegenschaft könnte auch für eine gewerbliche oder eine schulische Nutzung, Kindergarten oder Hort zur Verfügung stehen. Die Schuleinheit Fluntern-Heubeeribüel leidet unter grosser Raumknappheit. Es gibt also einige sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten für die Liegenschaft und die Stadt soll sie deshalb erwerben. Dieser Meinung ist auch der Quartierverein Fluntern. Wenn die Stadt nicht zugreift, wird die Liegenschaft auf dem freien Markt an den Meistbietenden verkauft und es würden an der Krähenbühlstrasse 58 wahrscheinlich Luxuswohnungen entstehen. Solche Wohnungen gibt es in diesem Quartier bereits genügend. Deshalb ist es uns Grünen ein Anliegen, dass die Stadt die Liegenschaft kauft – natürlich zu einem fairen Preis. Wir sind aber zuversichtlich, dass der Preis stimmen wird.*

Hans Dellenbach (FDP): *Sie träumen von preisgünstigen Alterswohnungen. Es ist in der Vorlage aber ersichtlich, dass das Haus auf jeden Fall zum Marktpreis verkauft wird, der in einem Bieterverfahren eruiert wird und der Preis wird dementsprechend kein günstiger sein. Es macht auch aus taktischen Gründen keinen Sinn, dem Kauf zuzustimmen und damit den Preis noch weiter in die Höhe zu treiben. Wir kennen also weder den Preis, noch den Zweck. Falls der Stadtrat vom Vorkaufsrecht Gebrauch machen sollte, würde sowieso noch eine Vorlage kommen, bei der wir nochmals debattieren können. Deshalb lehnt die FDP sowohl die Motion, als auch das Postulat ab.*

Isabel Garcia (GLP): *Wir kennen weder Preis noch Zweck und deshalb halten wir den Kauf für keine gute Idee. Die GLP lehnt sowohl das Postulat als auch die Motion ab. Ein kleiner Lichtblick am Horizont wäre eventuell die Nutzung für Verwaltungszwecke oder Schulzwecke. Wir gehen aber von sehr hohen Kosten aufgrund der Lage, der Struktur und dem Zustand des Gebäudes aus. Es ist es völlig überflüssig, den Kauf hier als Motion zu überweisen. Die Kompetenz liegt beim Stadtrat und die Vorlage wird sowieso in den Rat kommen. Für den Moment lehnen wir den Vorstoss in beiden Formen ab.*

Florian Utz (SP) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 72 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3344. 2018/483

Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 05.12.2018:

Verbesserung der Fahrplanstabilität der Trolleybus-Linie 31 durch intelligente Konzepte der Verkehrssteuerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 667/2018): *Es wäre meines Erachtens zu begrüßen gewesen, wenn wir das Postulat zusammen mit dem Postulat der FDP und SP und der Interpellation von der FDP zum 31er-Trolleybus behandelt hätten. Das hier besprochene Postulat ist eine direkte Replik auf die beiden Vorstösse. Im Herbst 2019 setzten sich FDP und SP für eine neue Ausleageordnung des 31er-Bus ein, wobei die FDP sich für die Begründung auf ihre Interpellation stütze. Dieser Interpellation kann man entnehmen: «Eine befriedigende Lösung, welche nicht gleichzeitig den motorisierten Individualverkehr (MIV) noch mehr in Mitleidenschaft zieht, ist mit der heutigen Linienführung vom 31er-Bus aber nicht in Sicht.» In diesem Punkt unterscheiden sich unsere Einschätzungen. Wir sind dezidiert der Meinung, dass nicht der MIV das Opfer einer schlechten Buslinienführung ist, sondern umgekehrt der Bus vom ungebremsten Pendelverkehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Zu Pendlerspitzenzeiten zeigt sich, dass nicht der Bus den Verkehrsfluss behindert, sondern man als ÖV-Benutzer mitten im Stau sitzt. Das hat sich auch während Corona-Home-Office-Zeiten nicht wirklich verändert. Immer wieder wird man gebeten, in den Bus hintendran umzusteigen, weil der Bus nicht nachkommt. Im Gegensatz zu den vielen genervten Fahrgästen finde ich persönlich nicht, dass man den Buschauffeuren und -Buschauffeurinnen wirklich einen Vorwurf machen kann. Es zeigt aber, dass wir in Verkehrsspitzenzeiten absolut am Limit sind. Diese Beobachtung wird auch in unserer*

Schriftlichen Anfrage bestätigt, wonach Verkehrsüberlastungen in der Stadt die grösste Störungsursache für öffentliche Verkehrsmittel ohne eigene Spur sind. Es wäre natürlich schön, wenn man den ÖV überall attraktiver gestalten und ihm eine eigene Spur geben könnte. Da uns aber der Platz fehlt oder wir auf drastische, illiberale Massnahmen zurückgreifen müssten, wird das nicht überall realisierbar sein. Wir möchten aber die richtigen Anreize schaffen. Solange uns keine anderen Mittel, wie Road- oder Mobility Pricing, zur Verfügung stehen, muss man aus unserer Sicht dringend dafür sorgen, dass die umweltfreundlicheren und effizienteren Verkehrsmittel bevorzugt werden. Das bedeutet im Kehrsatz, dass das ineffiziente Individualfahrzeug für seine Ineffizienz bezahlen muss – mit Gebühren und Geduld. Dass der Handlungsbedarf akuter wird, ist auch angesichts des prognostizierten Stadtwachstums, das nicht nur eine Zunahme von Einwohnenden, sondern auch von Arbeitsplätzen bedeutet, selbstverständlich. Gerade beim 31er-Bus besteht Handlungsbedarf, der zwei Entwicklungsgebiete an unterschiedliche Stadtenden verbindet. Mit diesem Postulat fordern wir den Stadtrat deshalb auf, die besonders belastete 31er-Linie, die gerade durch ihre Länge an mehreren Orten in Konflikt mit Verkehrsüberlastungen kommt, mit neuen intelligenten Verkehrssteuerungskonzepten zu optimieren. Der im Postulat zitierten Schriftlichen Anfrage ist zu entnehmen, dass sich die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) diesbezüglich bereits Gedanken machen konnte und beispielsweise punktuell elektronische Busspuren im Einsatz sind. Wir sind überzeugt, dass die Technik für eine weiterführende adaptive Verkehrssteuerung nicht erst erfunden werden muss, sondern bereits besteht. Mit diesem Postulat machen wir einen Schritt vorwärts, weg vom Gedankenkorsett der autogerechten Stadt aus den 1970er-Jahren, hin in die Zukunft, die dafür sorgt, dass der beschränkte Platz, der unseren Mobilitätsbedürfnissen zur Verfügung steht, effizient und verantwortungsvoll genutzt wird.

Derek Richter (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. Dezember 2018 gestellten Ablehnungsantrag: In der Antwort 2018/310 steht deutlich, dass der 31er-Bus und der MIV an gewissen neuralgischen Punkten immer im Stau stehen. Es wäre also klug, für fliessenden Verkehr für alle zu sorgen, statt sich auf die künstliche Verkehrsbehinderung zu konzentrieren. In seiner Antwort sagt der Stadtrat, dass der 31er-Bus vor allem wegen dem Individualverkehr verspätungsanfällig ist – sowohl dem motorisierten, als auch dem nichtmotorisierten. Diese Antwort ist einseitig und einfältig, weil es auch diverse andere Gründe für Verspätungen gibt. Die VBZ trifft eine Teilschuld, auch betreffend das Streckendesign. Aus verkehrstechnischen Überlegungen ist es nicht sinnvoll, eine solch lange Linie durch zum Teil sehr kopiertes Gebiet und durch enge Häuserschluchten in Zentrumslage zu führen. Das Wort «Eigenbehinderung» wird nie vorgebracht, genauso wenig wie Überlastungen, technische Defekte, Unfälle, untaugliches Rollmaterial oder die mehr oder weniger regelmässigen Demonstrationen, die nie im Zusammenhang mit den Verspätungen genannt werden. Bei der Hess-Bus Serie 1 sprach man in grossen Tönen über die Nachhaltigkeit und die 40 Jahre Lebensdauer, obwohl die Busse im Endeffekt nicht einmal ein zweistelliges Alter erreichten. Im Winter 2019 hatten wir in Witikon während fast zwei Tagen keinen öffentlichen Verkehr und keine Busverbindungen. Während die FBB-Busse aus dem Zürcher Oberland in Wipkingen problemlos die Rosengartenstrasse hinauf fuhren, ist die Sicherheit bei der neuen Generation plötzlich nicht mehr gewährleistet, obwohl der Stadtrat in seiner Schriftlichen Antwort schreibt, das Rollmaterial sei witterungsunabhängig. Auch der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) trägt seinen Schuldteil bei; er wechselte von der Nachfrageorientierung hin zur Angebotsorientierung. Am Zeltweg lässt sich der verspätungsanfälligen Linie auch mit einer smarten Ampelsteuerung nicht entgegenwirken. Wir stimmen Ihrem Postulat zur Steuerung zu, aber das Postulat zum 31er-Bus lehnen wir ab. Der Verkehr wächst. Seit dem Jahr 2000 bis heute gab es eine Zunahme im urbanen Verkehr von rund 30 Prozent. Wir haben ein vermehrtes Bedürfnis nach Mobilität und eine Masseneinwanderung. Beim Zug wird ein Plus von 72 Prozent und in der Luftfahrt

ein Plus von 70 Prozent verzeichnet. Wir glauben nicht, dass wir mit dem Postulat etwas an diesem Wachstum ändern können.

Weitere Wortmeldungen:

Sofia Karakostas (SP): Der Vorstoss soll die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt unterstützen, indem die Fahrplanstabilität der Trolleybuslinie 31 verbessert wird. Diese relativ lange Buslinie weist an einigen Streckenabschnitten keine eigene Spur auf und kann aufgrund des Mischverkehrs zwischen öffentlichem Verkehr und motorisiertem Individualverkehr während der Stosszeiten den Fahrplan oft nicht einhalten, weil die Spur geteilt werden muss. Die Strecke der Buslinie 31, die quer durch Zürich von Altstetten bis nach Witikon führt, weist mehrere neuralgische Stellen auf, wie zum Beispiel der enge Zeltweg oder die Hohlstrasse. Das führt regelmässig zu Verspätungen. Stimmen aus dem Quartier Witikon bestätigen zwar, dass sich die Fahrplanstabilität seit der Verlängerung der Buslinie 31 bis nach Witikon in der Zwischenzeit ein wenig verbesserte, doch bei geringsten Verkehrsüberlastungen kommt es regelmässig zu grösseren Verspätungen. Die Hauptstossrichtung des Vorstosses setzt bei intelligenten Konzepten der Verkehrssteuerung an. Diese ermöglichen Beschleunigungsmassnahmen da, wo der Raum für eine eigene Busspur fehlt. Eigentlich sollte der Vorstoss die ganze Stadt betreffen. Wenn es aber gelingt auf der Buslinie 31 durch Anwendung solcher Konzepte Verbesserungen umzusetzen, kann das helfen, auch bei anderen Linien den stockenden Verkehr ins Rollen zu bringen. Deshalb unterstützt die SP das Anliegen, dass der Stadtrat prüft, wie mit intelligenten Konzepten die Verkehrssteuerung der Buslinie 31 an neuralgischen Punkten Priorität gegenüber dem motorisierten Individualverkehr erhält, sodass die Fahrplanstabilität verbessert werden kann.

Dominique Zygmunt (FDP): Die FDP unterstützt den Vorstoss. Wir verstehen aber nicht, wie dieser Vorstoss eine Replik auf unsere Forderungen sein soll, da es genau das gleiche Thema ist. Wir teilen das Ziel der höheren Geschwindigkeit der Busse und ganz allgemein einer erhöhten Geschwindigkeit des ÖVs. Die Geschwindigkeit ist zunehmend ein Problem für uns. In der Stadt gibt es immer mehr Geschwindigkeitsbegrenzungen. Diese verlangsamen nicht nur individuelle Fahrzeuge, sondern auch die des öffentlichen Verkehrs. Wenn die Stadt wächst, wächst auch die Zahl der Menschen, die mit dem ÖV vorwärtskommen möchten. Man könnte deshalb einzig am Vorstoss kritisieren, dass er nur die Buslinie 31 betrifft. Auf dieser Linie bestehen wirklich Probleme und sie ist ein exemplarisches Beispiel für ein mögliches Vorgehen. Eine Umfrage in der Bevölkerung von Witikon zeigte, dass 42 Prozent der Menschen mit der Linienführung nicht einverstanden sind. Sie möchten eine Linienführung via Hottingerplatz und sich den Umweg durch den Zeltweg und über den Kreuzplatz sparen. 42 Prozent sagten, sie seien mit dem früheren Zustand vor der Änderung der Linienführung einverstanden und nur 15 Prozent sind mit der aktuellen Linienführung zufrieden. Die Situation hat sich aber ein wenig verbessert – auch dank der VBZ. Die Fahrplanstabilität hat gegenüber dem damaligen Winter meiner Meinung nach ein wenig zugenommen. Die Situation im Moment ist sicherlich noch nicht befriedigend und wir hoffen, dass das Postulat etwas nützt. Man muss aber ehrlicherweise auch sagen, dass der Verkehr am Zeltweg mit diesem Postulat nicht einfach verschwinden wird.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Die Buslinie 31 verbindet seit Dezember 2017 Witikon via Hauptbahnhof mit Altstetten. In den letzten zwei Jahren wurde die Fahrplanstabilität der Buslinie 31 durch verschiedene Massnahmen verbessert. Die Massnahmen wirkten und deshalb nutzen immer mehr Altstetterinnen und Altstetter, Witikerinnen und Witiker, Hirsländerinnen und Hirsländer den Bus. Die Fahrgastfrequenz wurde im Januar 2020 bei der Zählstelle gemessen und es zeigte sich, dass sie innerhalb eines Jahres um 13 Prozent zunahm. Das ist erfreulich, führt aber zu Verzögerungen an den Haltestellen

beim Ein- und Aussteigen und damit zu mehr Verspätungen. Die Linie 31 leidet also unter ihrer recht grossen Beliebtheit. Es ist eine Tatsache, dass die Linie 31 immer noch relativ unzuverlässig ist. Noch unpunktlicher ist einzig die Linie 32. Die VBZ schreibt in einem neulich veröffentlichten Dokument: «Die Pünktlichkeit der Linie 31 ist insgesamt weiterhin auf einem tiefen Niveau.» Das Hauptproblem der Linie 31 und auch von anderen Buslinien in der Stadt liegt bei den neuralgischen Streckenabschnitten, auf denen die Busse keine eigene Spur haben und sie im Autostau stehen. Bei der Buslinie 31 sind solche Nadelöhre der Zeltweg und die Strecke zwischen Löwenplatz und Central. Diese Strecken werden auch in Zukunft Nadelöhre bleiben, aber selbst da lassen sich Verbesserungen für den ÖV erreichen. Davon sind die von uns konsultierten Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner überzeugt. Eine Verbesserung wäre beispielsweise über das Buslichtsignal bei der Einfahrt von der Löwenstrasse auf den Bahnhofplatz möglich, wo die Busse häufig vor dem Lichtsignal warten müssen. Wenn die Autos beim anrollenden Bus zurückhalten würden, könnten der Bus ohne Verzug auf den Bahnhofplatz einfahren. Gegen den Autorückstau am Heimplatz auf dem schmalen Zeltweg nützen intelligente Konzepte der Verkehrssteuerung leider wenig. Eine separate Spur für Bus und Velo auf dem Zeltweg beim Kreuzplatz könnte hingegen Erleichterung bringen. Wenn man dieses Vorhaben auf dem kurzen Stück des Zeltwegs realisiert, könnte der Bus auch zu Stosszeiten ohne Verzug in die Haltestelle Kreuzplatz einfahren und dann zügig Richtung Heimplatz weiterfahren. Seit 2017 verfolgt das Tiefbaudepartement dieses Anliegen. Ein Grundproblem der Linie 31 kann mit intelligenter Verkehrssteuerung nicht behoben werden: In einem halben Jahr wird die Buslinie 31 vom Bahnhof Altstetten nach Hermetschloo verlängert und wird damit definitiv zur längsten Buslinie der VBZ mit 35 Haltestellen und 12,8 Kilometer Streckenlänge. Bei einer langen Buslinie gibt es mehr Verspätungen als bei einer kurzen Buslinie, und die Länge der Linie 31 ist also ihr Grundproblem. Wir bitten deshalb den Stadtrat und die VBZ auch darüber nachzudenken, wie die Buslinie verkürzt oder sinnvoll aufgeteilt werden kann. Wir Grünen möchten die Umwelt und die klimafreundliche Mobilität fördern und unterstützen deshalb das Postulat.

Samuel Balsiger (SVP): Die Abstimmung über die Badeanstalten gewannen wir, indem wir in Videobeiträgen zeigten, wie linke Politiker sich über die überfüllten Badeanstalten aufregten. Sollte es wieder einmal zu einer Einwanderungsabstimmung kommen, liefern Sie gutes Material für weitere Videos in zukünftigen Abstimmungskämpfen. Auch das Votum der GLP-Sprecherin war ein klares Anti-Einwanderungsvotum. Sie sprach davon, dass wir beim Verkehr das absolute Limit erreicht haben. In den letzten Jahren seit 2007 sind 59 000 Personen in die Stadt gekommen und es werden nochmals 100 000 bis 120 000 Personen kommen – und gemäss der GLP-Sprecherin sind wir bereits jetzt am absoluten Limit. Als wir über den Kauf des Meteo-Gebäudes sprachen, hiess es ebenfalls, der Platz werde knapp und wir hätten zu wenig bezahlbare Wohnungen. Bei praktisch jedem Geschäft sprechen wir über das Wachstum. Ihre Strategie ist hilflos. Sie versuchen Probleme, die mit der Masse zusammenhängen, mit Ideen zu umschiffen. Am Ende werden aber auch Sie über das Relevante sprechen müssen. Wenn die Stadt weiter so wächst, sinkt die Lebensqualität und wie die GLP-Sprecherin beschrieb, muss man den Bus wechseln. Die SVP spricht bereits heute über die Einwanderung. Irgendwann werden auch Sie nicht nur über das Problem, sondern auch über die Ursache sprechen müssen.

Sven Sobernheim (GLP): Die beste Lösung am Zeltweg ist eine intelligente Verkehrssteuerung. Der FDP-Sprecher sagte, dass man die Linien nicht hätte verbinden sollen und verwies auf ihre Umfrage. Man muss aber beachten, dass die FDP ihre Umfrage zwei Monate nach der Linienumstellung durchführte. Wenn Sie die Menschen heute nochmals fragen würden, ob sie die alte Linienführung zurückhaben möchten, würden

die Menschen sicherlich nicht mehr die alte Linienführung zurückwünschen, weil sie unterdessen den direkten Bus an den Hauptbahnhof schätzen und nutzen. Deshalb möchten wir mit dem Postulat keine Teilung der Linie, sondern eine intelligente Verkehrssteuerung, damit der Bus der Linie 31 gegenüber dem MIV, den ihn blockiert, bevorzugt wird. Wir verzeichnen wegen Corona einen Rückgang in den Fahrgastzahlen. STR Michael Baumer meinte, dass bis 2024 der ZVV mit einer vollständigen Erholung rechnet. Er sagte aber nicht, dass diese Erholung vor allem bei den S-Bahnen eintritt. Beim innerstädtischen ÖV befinden wir uns fast schon wieder auf vor Corona-Niveau. Wenn wir über den ÖV in Corona-Zeiten sprechen, meinen wir vor allem Pendlerinnen und Pendler, die von auswärts in die Stadt kommen und nicht den innerstädtischen ÖV. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir trotz Corona Massnahmen ergreifen und uns Gedanken machen, wie wir dem ÖV wieder mehr Stabilität geben können und ihn gegenüber dem motorisierten Individualverkehr bevorzugen können.

Das Postulat wird mit 106 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 16. Dezember 2020, 14 Uhr.